E&W
Erziehung & Wissenschaft 11/2021
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

ARM REICH

Soziale Spaltung in Deutschland

Foto: Hans Scherhaufer

CHRISTIAN BARON

Eisenkugeln am Bein

Kaum ein Wert ist sozial so positiv konnotiert wie der der Bildung. Wer in Armut lebe, so heißt es, müsse sich Bildung aneignen, denn das sei der beste Weg in ein gutes Leben. Rufe nach Umverteilung seien nicht angebracht, stattdessen brauche es eine „Politik der Befähigung“. Dabei löst der Staat sein Versprechen des sozialen Aufstiegs durch Bildung in materieller Hinsicht kaum mehr ein. In einst prestigeträchtigen Berufsfeldern in der Medienbranche, der Wissenschaft oder im Kreativsektor häufen sich die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Am eigenen Beispiel hat die aus einem Sozialhilfehaushalt stammende Journalistin Undine Zimmer das Problem in ihrem Buch „Nicht von schlechten Eltern“, das 2013 erschienen ist, treffend beschrieben: „Inzwischen habe ich zum vierten Mal den Stundungsantrag für mein Studienabschlussdarlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgeschickt. Jedes Jahr kommen Zinsen hinzu. Während des Jahres versuche ich, nicht an die Gesamtsumme meiner Schulden zu denken, die ich dem Staat für meinen Bildungsaufstieg zurückzahlen muss.“

Es klingt paradox: Die Quote der Studienberechtigten eines Jahrgangs stand 2019 bei sagenhaft sozialdemokratisch anmutenden 50,6 Prozent, die absolute Zahl der Studierenden hält sich seit Jahren bei etwa 2,8 Millionen. Trotzdem vergrößert sich die soziale Ungleichheit. Dafür gibt es einen handfesten Grund: In Zeiten verschärfter Bildungskonkurrenz werden private Ressourcen immer wichtiger. Während die gesellschaftliche Liberalisierung in Deutschland voranschreitet, etablierte die rot-grüne Bundesregierung ab 1998 einen der größten Niedriglohnsektoren Europas. Und der trifft immer häufiger auch Akademikerinnen und Akademiker. Der Kampf um die gut bezahlten und unbefristeten Arbeitsplätze etwa im sozialwissenschaftlichen Bereich wird härter. Die soziale Herkunft wurde dabei zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil für Menschen mit akademisch gebildeten Eltern, denen gegenüber der Staat einst sein zentrales Aufstiegsversprechen noch eingelöst hat.

Für Leute aus einem nicht akademischen und materiell armen Elternhaus ist der Erfolg im immer stärker zum Markt umgestalteten Bildungssystem dagegen so schwierig zu erreichen wie für einen Hundertmeterläufer, der mit 20 Metern Rückstand und einer Eisenkugel am Bein ins Rennen starten muss.

Inzwischen ist es üblich, sich nach dem mit Bestnote abgeschlossenen Studium jahrelang in schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika zu verdingen, um irgendwann einen der begehrten Jobs zu ergattern. Alle in diesem Wettbewerb haben sich daran gewöhnt, keine Ansprüche mehr zu stellen. Freiwilligkeit macht sich gut im Lebenslauf und wird damit zur Konvention. Wer nicht bereits während des Studiums unbezahlte Praktika absolviert hat, für den stehen die Chancen zeit seines Berufslebens schlecht. Da überlegt sich das in den Semesterferien kellnern müssende Arbeiterkind beim Abkassieren der im Lokal den neuen Praktikumsplatz feiernden Bürgerkinder genau, ob sich eine Fortsetzung des Studiums wirklich lohnt. Am Ende bleiben überwiegend jene übrig, die sich von den Eltern finanzieren lassen können. Gegen dieses systemimmanente Problem hilft eine „Politik der Befähigung“ nur dann, wenn die materiellen Voraussetzungen stimmen.

Die Formel muss also lauten: Erst die Umverteilung, dann die Bildung. Oder anders gesagt: Ein Goethe-Gedicht kann Wunder bewirken. Essen kann man es aber nicht. Anstatt Bildung als Weg aus der Armut zu verkaufen und ihr damit einen rein nutzenmaximierenden Ballast aufzuladen, sollte die Politik lieber dafür sorgen, dass kein Mensch mehr in Armut leben muss. Nur dann kann sich ein junger Mensch ohne Angst frei entfalten und einen für ihn selbst und die Gesellschaft wertvollen Berufsweg finden.

Christian Baron,
freier Autor

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Eisenkugeln am Bein — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Arm und Reich in Deutschland
1. Einkommensschwacher Landkreis in Sachsen: „Die Gemeinde hat kein Geld“ — Seite 6
2. Wohlhabende Kommune in Hessen: „Wir haben tolle Möglichkeiten“ — Seite 10
3. Versuch einer Definition: Wer ist arm, wer reich? — Seite 12
4. Bildungsbenachteiligung: Kinder erster und zweiter Klasse — Seite 14
5. Interview: Neue „Mittel-“ und „Unterklasse“ – Unterwegs im Paternoster — Seite 16
6. GEW-Positionen zur Chancengleichheit: Bildung fairer finanzieren — Seite 18
7. Unterrichtsmaterial: Lernpaket für mehr Steuergerechtigkeit — Seite 20

Schule
1. GEW-Kampagne „JA13“: „Die Hälfte ist geschafft“ — Seite 22
2. Medienstudio für Lehramtsstudierende: Film ab für modernen Unterricht — Seite 32
3. GEW-Studie „Digitalisierung im Schulsystem“: Eine Kluft mit Folgen — Seite 34
4. Neues KlimaBildungsZentrum für Lehrkräfte: Klimaschutz im Unterricht — Seite 36

Bildungspolitik
20 Jahre PISA-Schock: Schlusslicht in Sachen Chancengleichheit — Seite 24

Gesellschaftspolitik
Kinderkurheim „Nickersberg“: Empathielos streng, fast militärisch — Seite 26

Hintergrund: Sinti und Roma in Deutschland
1. Studierendenverband gegründet: „Wir haben ein Recht, gehört zu werden“ — Seite 28
2. Interview mit Hamze Bytyci, RomaTrial-Gründer: „Wir sind hier!“ — Seite 30

Hochschule
Sperrkonten-Skandal: Im Labyrinth der Bürokratie — Seite 38

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Schule ohne körperliche Strafe: Fairness statt Schläge — Seite 40

GEW-Intern
1. Wolgast-Preisträger Christoph Scheuring: „Ich misstraue meiner Fantasie“ — Seite 42
2. Nachruf auf Ulrich Jung: Streiter für Gerechtigkeit — Seite 43

Berufliche Bildung und Weiterbildung
GEW-Herbstakademie: Angst vor Jobverlust — Seite 44

Mitgliederforum — Seite 44

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH
Kurhessenstraße 14
60431 Frankfurt am Main

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter
www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
www.gew.de/corona

Tarifeinigung in Hessen

Mitte Oktober haben sich GEW, ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit dem Land Hessen auf Einkommenszuwächse für die weit über 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes geeinigt. Das Tarifergebnis soll auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden. Noch in diesem Jahr erhalten die Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro. Eine zweite Corona-Sonderzahlung in derselben Höhe wird spätestens im März 2022 ausgezahlt. Die Tabellenentgelte im Bereich des Tarifvertrages Hessen werden in zwei Schritten erhöht: Zum 1. August 2022 steigen sie um 2,2 Prozent, zum 1. August 2023 um weitere 1,8 Prozent, mindestens 65 Euro. Die Vertragslaufzeit beträgt 28 Monate bis zum 31. Januar 2024. Hessen gehört als einziges Bundesland nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) an.

Neues Vorsitzenden-Team

Der GEW-Landesverband Hessen hat ein neues Vorsitzenden-Team. Die Landesdelegiertenversammlung wählte Ende September in Fulda Thilo Hartmann zum neuen Vorsitzenden. Die bisherigen Vorsitzenden, Maike Wiedwald und Birgit Koch, stellten sich nicht erneut zur Wahl. Sie hatten seit 2017 den Vorsitz der GEW Hessen gemeinsam innegehabt. Als neue stellvertretende Vorsitzende wurden Heike Ackermann und Simone Claar gewählt. Hartmann ist Lehrer an einer Gesamtschule in Dietzenbach, Ackermann Grundschullehrerin im Landkreis Kassel, Claar Wissenschaftlerin an der Universität Kassel.

Foto: GEW Hessen

Heike Ackermann, Thilo Hartmann, Simone Claar (v. li. n. re.)

Lebenszufriedenheit gesunken

Im Vergleich zu der Zeit vor der Covid-19-Pandemie ist die allgemeine Lebenszufriedenheit der Abiturientinnen und Abiturienten des Jahrgangs 2020 gesunken. Das geht aus einer Ende September veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Die allgemeine Lebenszufriedenheit des ersten Corona-Abiturjahrgangs sank Ende 2020 auf einer Skala von 0 für sehr unzufrieden bis 10 (sehr zufrieden) im Vergleich zum Vorjahresjahrgang von 7,3 auf 6. Dagegen ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum wesentlich weniger stark zurückgegangen. „Dieser Einbruch ist untypisch für junge Menschen in diesem Lebensabschnitt. Er entspricht zum Beispiel dem drastischen Rückgang der Lebenszufriedenheit in Kriegsgebieten“, erklärte IAB-Forscher Malte Sandner.

Kein Angebot der Arbeitgeber

Ohne Angebot der Arbeitgeber ist Anfang Oktober die erste Runde der Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten zu Ende gegangen. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Gewerkschaften zurückgewiesen. Die Verhandlungen werden am 1. November in Potsdam (nach Drucklegung dieser E&W-Ausgabe) fortgesetzt. „Die Arbeitgeber müssen sich bewegen und ein Angebot auf den Tisch legen. Die Gewerkschaften haben sich klar und deutlich positioniert“, sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnern. Die Gewerkschaften fordern 5 Prozent, mindestens jedoch 150 Euro mehr Gehalt.

Kaum Fördergelder geflossen

Die Fördergelder des Bundes für den Einbau von Luftfiltern in öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kitas fließen bisher nur langsam. Das zeigen Antworten des Bundeswirtschaftsministeriums auf Anfragen der FDP und der Grünen im Bundestag. Demnach sind von dem seit Oktober 2020 laufenden und inzwischen auf eine Milliarde Euro angewachsenen Förderprogramm zum Umbau oder zur Aufrüstung bestehender fester Lüftungssysteme erst knapp 460.000 Euro ausgezahlt worden. Gelder in Höhe von 546 Millionen Euro sind immerhin „gebunden“, also beantragt. Kein Geld wurde bisher von dem in diesem Sommer eingerichteten 200-Millionen-Euro-Fördertopf des Bundes zur Anschaffung mobiler Luftfilter in Klassenzimmern und Kitas abgerufen. In den Ländern sind allerdings zum Teil über eigene Programme mobile Geräte angeschafft worden. So hatte etwa die Schulbehörde in Hamburg im August mehr als 21.000 dieser Geräte bestellt.

Mehr Kita-Personal

Die Zahl der Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung ist zum 1. März 2021 gegenüber dem Vorjahr um 23.435 oder 3,2 Prozent auf insgesamt 751.159 Menschen gestiegen. Davon waren 708.136 als pädagogisches, Leitungs- und Verwaltungspersonal in Kindertageseinrichtungen tätig und 43.023 als Tagesmutter oder -vater in öffentlich geförderter Kindertagespflege aktiv. Dies teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) Ende September mit.

Während die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist, nahm die Zahl der betreuten Kinder, die jünger als drei Jahre sind, erstmals seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2006 ab: Zum 1. März 2021 wurden 2,3 Prozent weniger Mädchen und Jungen in Kindertageseinrichtungen oder von Tagesmüttern und -vätern betreut als ein Jahr zuvor. Die Betreuungsquoten der unter Dreijährigen und drei- bis sechsjährigen Kinder sind im Vorjahresvergleich um jeweils 0,6 Prozentpunkte gesunken.

Korrektur

In dem Artikel „Wir tragen eine enorme Verantwortung“ in der E&W 10/2021, S. 14 f., ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Der porträtierte Berliner Erzieher heißt Ayodele Olowolafe und nicht Olowofale. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Spiel des Jahres 2020: Pictures.

Prämie des Monats November:

Pictures – Spiel des Jahres 2020

Bauklötze, Schnürsenkel, Symbolkarten und mehr. Die insgesamt fünf in „Pictures“ enthaltenen Material-Sets könnten auf den ersten Blick kaum unterschiedlicher sein. Trotzdem dienen sie alle demselben Zweck:
Mit ihnen sollen die Spieler Foto-Motive so darstellen, dass die Mitspieler*innen herausfinden, was gemeint ist. Gar nicht so einfach!

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats November 2021/Pictures – Spiel des Jahres 2020

„Die Gemeinde hat kein

// Der Landkreis Görlitz an der polnischen Grenze ist Braunkohleregion und Wolfsrevier. Das Einkommen der Menschen gehört statistisch zu den niedrigsten in Deutschland. An vielen Schulen und Kitas ist das Manko spüren. //

Das JugendShowOrchester Görlitz spielt und singt eine Hymne auf die Heimat, ein 16-Jähriger mixt ein Elektropop-Loblied auf die Region, und „Dr. Taste“ komponiert rockig die Zeilen: „Besucht uns gern, sonst habt ihr was verpasst!“ Sie alle haben sich beteiligt an einem Songcontest für ihre Heimat Görlitz, den östlichsten Landkreis Deutschlands: knapp mehr als 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner zwischen Braunkohle und Wolfsrevier, landschaftlich lieblich und weitläufig, aber für Zuwandererinnen und Zuwanderer weniger attraktiv. Daher hat sich der Landkreis eine selbstironische Imagekampagne ausgedacht, die neue Fachkräfte und Abgewanderte aus der ganzen Republik anlocken soll. Sie nennen sich das „UnbezahlbarLand“, sie wollen „unbezahlbare Chancen“ gegenüber der Großstadt aufzeigen: Freiräume, Arbeitswelten, Lebensqualität, Kreativität.

Das Hohe Lied ist nötig. Ökonomisch gehört der Landkreis mit seinen fast 200 Kilometern Außengrenzen zu Polen und Tschechien zu den schwächsten der Bundesrepublik. Die Bruttolöhne zwischen Weißwasser und Zittau sind laut Statistischem Landesamt mit 28.745 Euro beinahe Schlusslicht in Sachsen. Auch im bundesweiten Steuerkraft-Ranking belegt Görlitz einen der letzten Plätze. Das Steueraufkommen ist nur etwa ein Viertel so hoch wie im reichen Main-Taunus-Kreis, der zu den Top 5 gehört. Ein Manko, das Folgen hat für die Bildungslandschaft.

Bernd Kaiser ist Physik- und Informatiklehrer an einem Gymnasium in Görlitz sowie Kreisvorsitzender der GEW. Seine Schule hatte Glück; durch eine hohe Erbschaft einer ehemaligen Schülerin konnte das Gymnasium saniert werden. An vielen Einrichtungen im Landkreis findet der Unterricht allerdings nach wie vor in maroden Gebäuden und mit veralteter Technik statt.

Foto: Nikolai Schmidt

Geld“

Einer, der sich bestens auskennt in der Gegend, ist Bernd Kaiser, 61, Kreisvorsitzender der GEW, Bezirkspersonalrat sowie Physik- und Informatiklehrer. „An unserer Schule läuft es glücklicherweise ganz gut“, sagt Kaiser. Das Gymnasium ist beliebt, es kann gar nicht alle Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die sich anmelden. „Wir hatten Glück, wir haben eine hohe Erbschaft einer früheren Schülerin erhalten, die wohlhabend im Westen Deutschlands verstorben ist. Damit konnten wir den Eigenanteil der Fördermittel aufbringen und die Schule für fünf Millionen Euro sanieren.“ Doch bei näherem Hinsehen fallen ihm manche Schwachpunkte ein. Für „Surf-Ecken“ mit WLAN habe es nicht gereicht, auch weil der Platz im Schulgebäude fehlt. Im Fach Physik, erzählt er, benutzten sie noch immer die Schul-Experimentierkästen aus DDR-Zeiten. Die interaktiven Tafeln, die die Schule nach und nach angeschafft hat, stammen aus verschiedenen Zeiten und Generationen, nichts läuft einheitlich. „Für eine richtige Grundausstattung müsste ein Fonds in fünfstelliger Höhe bereitstehen“, sagt Kaiser.

Regelmäßig Haushaltssperren

Doch das sind Luxussorgen. An vielen Schulen fehlt es an ordentlichen Internetleitungen und Geräten für Lehrkräfte und Klassen. Homeschooling ist von diesen Schulen aus gar nicht möglich. Mancher Schulstandort wartet bis heute auf eine gründliche Sanierung. Die Oberschule in Krauschwitz an der deutsch-polnischen Grenze etwa. Deren ehemaliger Schulleiter Michael Christoph bedauerte bei seinem Abschied in diesem Sommer, dass er es in 24 Jahren nicht vermocht habe, dass die gesamte Schule saniert ist. Aus einer Grundschule in Grenznähe schreibt eine Lehrkraft: „Wir haben nicht mal die Möglichkeit, die Sonne abzuhalten, die die Räume auf 40 Grad erwärmt. Ein Beamer scheitert an der zu schwachen Sicherung. Die Gemeinde hat einfach kein Geld.“ Aus dem Förderschulzentrum in Görlitz berichten Lehrer, dass die Container auf dem Schulhof noch zu den besten Klassenzimmern gehören.

„Die finanzielle Decke ist einfach zu kurz“, sagt Kaiser. Fördertöpfe für Neubau und Sanierung sind spärlich und umkämpft, der Landkreis und die Stadt Görlitz verhängen regelmäßig Haushaltssperren. Andere starke Partner oder Unternehmen, die Schul-Fördervereinen nennenswerte Summen spenden, sind selten. Die größten Arbeitgeber der Region gehören zur öffentlichen Hand, darunter der Landkreis, das Rathaus, das Klinikum und die Stadtwerke. Waggonbauer Bombardier und der Siemens-Standort kämpfen oft mit Umstrukturierungen ihrer Konzerne und gegen Schließungen oder Stellenabbau. „Eine kräftige Firmenunterstützung sieht anders aus“, sagt Kaiser.

Ohnehin sind Schulstandorte im Landkreis rar gesät. Wenn Schülerinnen und Schüler sitzen bleiben oder strafversetzt werden, gebe es kaum Möglichkeiten, sie an andere Schulen zu schicken, berichtet der Gymnasiallehrer. In ländlichen Regionen seien oft die freien Träger die Retter der Standorte, da der Freistaat angesichts des Schülermangels viele Schulen geschlossen hat. Für die Comenius-Schule in Mücka wird gerade diskutiert, ob man einigen Kindern jeden Morgen und jeden Nachmittag 100 Minuten Schulweg mit Bus und Zug zumuten kann – zu einem Unterrichtsbeginn um 7:15 Uhr!

Jens Eisoldt kennt das Standorte-Dilemma. Er unterrichtet Mathe und Physik an der Oberschule in Görlitz-Rauschwalde, ein sanierter Plattenbau, der 1977 entstand. Seit mehreren Jahren stehen dort Container im Schulhof. Sie waren angesichts wieder steigender Schülerzahlen als Provisorium beschafft worden, doch bis heute werden sie für kleine Gruppen etwa in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) genutzt. Ein Neubau ist bisher nicht entstanden und nicht absehbar. Die Stadt hat kein Geld für den Eigenanteil.

Während der Corona-Pandemie habe er überdies die finanziellen Engpässe vieler Menschen deutlicher als sonst zu spüren bekommen, erzählt der Klassenlehrer: Homeschooling sei besonders in der Anfangszeit der Pandemie nur bedingt möglich gewesen, weil die Versorgung mancher Familien mit Geräten oder Internetanschlüssen mangelhaft ist. „Nicht jeder hat einen Laptop oder eine Flatrate zu Hause“, sagt Eisoldt. Als er zu Schuljahresbeginn eine kleine Klassenfahrt anbot, die die Eltern 65 Euro und mit Bildungsticket nur 55 Euro kosten sollte, hätten fünf Familien einen Zuschuss beantragen müssen. „Es ist erschreckend“, sagt Eisoldt, „mit wie wenig Geld manche Familien über die Runden kommen müssen.“

Über all dem schwebt noch eine größere Misere: der Personalmangel. „Viele junge Leute wollen nach dem Studium nicht in den Osten Sachsens“, sagt Kaiser. An Förder- und Oberschulen sei der Bedarf an Lehrkräften mitunter um ein Vielfaches höher als die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber. Der Freistaat >>>

Jens Eisoldt unterrichtet Mathe und Physik an einer Oberschule. Er ist der letzte grundständig ausgebildete Physiklehrer an seiner Schule. Die Region an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze ist für junge Lehrkräfte unattraktiv.

Foto: Nikolai Schmidt

>>> zahlt daher Gewinnungszulagen für Mangelfächer und den ländlichen Raum. Er stellt jedes Jahr neue Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger ein. Ihre Zahl nehme in Ostsachsen sogar noch zu. Der 59-jährige Eisoldt etwa ist an seiner Schule der letzte grundständig ausgebildete Physiklehrer. Parallel werden Kollegen gebeten, über den Ruhestand hinaus zu bleiben oder ihre Teilzeit aufzustocken. „Die jährlichen Personalzahlen sind Frustzahlen“, sagt Kaiser.

Schwache Hoffnungszeichen

Der Oberbürgermeister von Weißwasser, Torsten Pötzsch (Wählervereinigung Klartext), weiß um die Probleme der Bildungslandschaft. Das 16.000-Einwohner-Städtchen, einst Hochburg der Glasindustrie, hat heute acht staatliche Schulen und eine Freie Schule. Als Weißwasser kürzlich eine Architektin zur Leiterin des Bauamtes ernannte, habe sie den Oberbürgermeister auch auf die Schwächen an Kitas und Schulen hingewiesen. Dringend sollte in technische Ausstattung und energetische Sanierung investiert werden, in Dämmungen, Leitungen und Klimatisierung, um Ausgaben zu sparen.

Pötzsch setzt auf die nächsten Jahre. Weißwasser liegt mitten im Lausitzer Kohlerevier und soll vom Strukturwandel profitieren. Die alte Glasfachschule, die seit Jahren geschlossen ist, soll ein moderner Bildungs- und Forschungsstandort werden. Die Universität der Vereinten Nationen, UNU-FLORES, in Dresden angesiedelt, plant nach Angaben des Oberbürgermeisters, in Weißwasser einen Standort aufzubauen. Nahe dem Bahnhof, an dem bald Schnellzüge der elektrifizierten Trasse Görlitz–Berlin halten sollen, soll ein Mustercampus mit energieautarken Wohngebäuden und einer Außenstelle des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle entstehen. Ein neuer Glasproduzent – neben dem Traditionshaus Stölzle – hat ebenfalls seine Fühler nach Weißwasser ausgestreckt. Es sind Hoffnungszeichen. In Zukunft, so Pötzsch, sollten davon auch die Schulen und Kitas der Stadt profitieren.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Kranken-versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Besonders als **Lehramts-anwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erst-klassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persön-lichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **dbv.de/beihilfe**.

FOCUS MONEY
BESTE PKV-BEIHILFETARIFE
Top-Schutz
DBV · Bestnote 6 x vergeben
KVpro.de A++
Test 45/2020

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Regale voller Bücher, Arbeitsplätze mit Laptop und WLAN – so kann gute Bildung aussehen, wenn nicht gespart werden muss.

„Wir haben tolle Möglichkeiten“

// Aquarium-AG, Billardtische und überall Smartboards: Die Philipp-Reis-Schule in Friedrichsdorf/Taunus zeigt, wie gut Bildungseinrichtungen ausgestattet sein können, wenn Kommunen über die nötigen Finanzmittel verfügen. //

So schön kann Schule sein: In jedem Klassenzimmer gibt es Smartboard und WLAN, die Schülerinnen und Schüler sitzen auf höhenverstellbaren Drehstühlen, blicken durch bodentiefe Fenster auf Apfelbäume. Außenjalousien halten die Sonne fern, Schallschutzplatten dämpfen den Lärm. In Aquarien flitzen glitzernde Fische aus aller Welt zwischen Algen umher. Die Kinder können nach Herzenslust in Laboren experimentieren, in der Werkstatt eigenhändig aus Holz Möbel zimmern, Theater auf großer Bühne spielen, im Orchester musizieren, Roboter programmieren – und, und, und. „Wir haben tolle Möglichkeiten“, sagt Schulleiterin Ellen Kaps. Die Philipp-Reis-Schule in Friedrichsdorf im hessischen Hochtaunuskreis ist ein Beispiel dafür, was möglich ist, wenn nicht am Geld gespart wird. Das hat sich auch in der Corona-Krise ausgezahlt. Da Smartboards, Laptops & Co. ohnehin schon lange zum Schulalltag gehören, konnte die kooperative Gesamtschule sehr schnell digitalen Unterricht anbieten.

Dabei kommt der Ganztagsschule zugute, dass sie im reichen Hochtaunuskreis liegt. „Der Kreis ist so clever, viel Wert auf ordentliche Schulen zu legen“, sagt Kreissprecherin Andrea Nagell. Alle 59 Schulen im Hochtaunuskreis könnten sich sehen lassen. Allein der Neubau der Philipp-Reis-Schule kostete rund 70 Millionen Euro. „Dafür gehört die Schule aber auch noch nach über zehn Jahren zu den Vorreitern.“ Die Sprecherin hebt hervor, dass der Kreis bewusst einen Schwerpunkt auf die Schulen setze. „Das ist eine politische Entscheidung. Wir brauchen Geld, um Neubauten von Schulen finanzieren zu können“, meint Nagell.

Hohe Steuereinnahmen

Allerdings eröffnen hohe Steuereinnahmen dem Hochtaunuskreis auch ganz andere finanzielle Spielräume. „Der Unterschied zu anderen Kreisen ist enorm“, sagt Kai Eicker-Wolf von der GEW Hessen. Der Hochtaunuskreis befindet sich im Speckgürtel rund um Frankfurt am Main und gehört zu den reichsten Landkreisen in Deutschland. Die Nähe zur Bankenmetropole in Kombination mit idyllischer Natur lockt viele Menschen mit hohem Einkommen an. Fast jeder zehnte Steuerpflichtige verdiene jährlich mehr als 125.000 Euro, so die GEW Hessen. Eine Studie des Landesverbands zeigt, dass der Wert eng mit der Höhe der Investitionen in Schulgebäude zusammenhängt. So gab der Hochtaunuskreis zwischen 1992 und 2018 für Bau und Erhalt der Schulen pro Jahr durchschnittlich 1.444 Euro pro Schülerin und Schüler aus. Fünfmal so viel wie die Stadt Kassel: Dort waren es nur 267 Euro.

Die Sozialstruktur sehe im Hochtaunuskreis völlig anders aus, gibt Eicker-Wolf zu bedenken, der Anteil armer Haushalte sei viel geringer. Auffällig sei auch, dass es in dem Kreis relativ viele und teure Privatschulen gebe. In Kassel hingegen sorgten Schimmel im Klassenzimmer, kaputte Fenster und undichte Decken für Proteste.

In der Philipp-Reis-Schule wird viel Wert darauf gelegt, dass sich die Schülerinnen und Schüler wohlfühlen. Bei der Planung für den Neubau brachten Lehrkräfte und Schulleitung ihre Wünsche ein: „Das Gebäude ist aufgebaut wie ein Dorf mit ver-

schiedenen Höfen“, berichtet Kaps. Jede Klassenstufe hat ihren eigenen Bereich. So spielen die Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse auf einem separaten Schulhof mit Fußballfeld, Basketballkörben und Klettergerüst, umringt von Bäumen. Auch die Lehrkräfte haben eigene Teamräume, ausgestattet mit Computern, Teeküche und Schaukelstuhl. „Hier können sie sich zurückziehen, Elterngespräche führen oder die Arbeitsplätze nutzen“, sagt die Schulleiterin.

Besonders stolz ist sie auf das Freizeitangebot der Ganztagsschule: Im Trakt für die 5. und 6. Klassen gibt es Tischkicker und Billardtische, daneben einen Ruheraum. Die Liste der AGs ist lang: Zu den Angeboten gehören beispielsweise Big Band, Garten, Aquarium, Orchester, Ski & Snowboard, Töpfern, Theater oder junge Forscher. Überall in der Schule finden sich idyllische Innenhöfe voller Bäume, Sträucher und Kletterpflanzen. Unter einem Birnbaum steht eine Sitzecke aus Holz, von Schülerinnen und Schülern selbst gebaut. Die Schulleiterin öffnet die Tür zur Bibliothek: Regale voller Bücher reihen sich aneinander, jeder Arbeitsplatz am Fenster verfügt über Laptop samt WLAN.

Die Schule hat eine über 1.000 Quadratmeter große Mensa samt Bühne für Feste, Konzerte oder Theateraufführungen. Die beiden Sporthallen haben Solarzellen auf dem Dach, das komplette Gebäude ist in Passivbauweise errichtet – und selbstverständlich barrierefrei: Es gibt einen Aufzug, und für Menschen im Rollstuhl stehen eigene Toiletten zur Verfügung. Natürlich seien Gebäude und Ausstattung großartig, betont Kaps. „Wir freuen uns über die Möglichkeiten.“ Aber das allein reiche nicht. „Wir müssen damit arbeiten, uns den Raum nutzbar machen“, erklärt die Schulleiterin.

Das gilt zum Beispiel für die technische Ausstattung. Als die Schule vor zehn Jahren ins neue Gebäude einzog, verabschiedete sie sich komplett von Kreidetafeln – und schaffte über 100 Smartboards an. „Wir haben uns früh auf den digitalen Weg gemacht“, sagt die Schulleiterin und öffnet die Tür zu einem Klassenzimmer: Mit dem Zeigefinger tippt Deutschlehrerin Stephanie Schön auf der digitalen Tafel auf einen Text über Haustiere, öffnet kurz darauf mit ein paar Klicks ein neues Arbeitsblatt. „Ich möchte die Smartboards nicht missen“, sagt die Lehrerin. „Sie erleichtern das Arbeiten enorm.“ Die Kinder können auch per Hand mit einem Stift auf die Tafel schreiben. Und statt nach der Stunde alles mit einem Schwamm wegzuwischen, wird das Tafelbild gespeichert. Als die Pandemie alle Schülerinnen und Schüler in den Distanzunterricht schickte, fackelte die Schulleitung nicht lange: „Wir wussten, dass wir es können.“

Gute digitale Ausstattung

Vom ersten Tag an lautete die Devise, weiter Unterricht nach Stundenplan zu halten, inklusive Sport und Kunst. „Dafür haben wir uns ein neues Videosystem gegönnt“, berichtet Kaps. Die Finanzierung sei kein Problem gewesen. „Aber man braucht auch Lehrkräfte, die es zum Laufen bringen.“ Vor Weihnachten brach der Server zusammen, aber nach den Ferien klappte es mit dem digitalen Unterricht. Die Kinder konnten von zu Hause aus live verfolgen, was die Lehrkraft an die Tafel schrieb, und sich per Headset an Gesprächen beteiligen. „Rein technisch ist relativ viel möglich“, meint Kaps. Größer sei die pädagogische Herausforderung.

Der GEW-Kreisvorsitzende Rolf Helms-Derfert berichtet, dass der Hochtaunuskreis bereits vor der Corona-Krise Hunderte interaktive digitale Tafeln im Wert von zigtausend Euro für die Schulen angeschafft habe. Im Zuge der Pandemie seien zudem mehrere tausend iPads und Laptops für Lehrkräfte und auch zum Ausleihen an bedürftige Schülerinnen und Schüler finanziert worden. Allerdings gebe es bisher längst nicht in allen Klassenzimmern WLAN. Eine Ausstattung wie an der Philipp-Reis-Schule sei auch im Hochtaunuskreis nicht üblich. „Das sollte aber eigentlich Standard sein“, findet der Personalrat. Natürlich laufe auch sonst im Schulalltag nicht alles perfekt, fügt Helms-Derfert hinzu: Handwerker kämen mit Reparaturen nicht hinterher, Sanierungen zögen sich in die Länge, und der Kreis könne die wachsenden Schülerzahlen an einigen Standorten kaum bewältigen. Aber alles in allem gelte: „Der Kreis investiert schon lange und kontinuierlich in den Bau neuer Schulgebäude“, sagt er. „Auch in puncto digitale Ausstattung passiert viel.“ Allerdings betont Helms-Derfert, dass die Ausstattung der Schulen im Hochtaunuskreis kein Luxus sei. „Sie haben nur das, was man für guten Unterricht braucht“, so der Gewerkschafter. „So sollte es eigentlich in allen Schulen aussehen.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Fotos: Christoph Boeckheler

Fast jeder zehnte Steuerpflichtige im Hochtaunuskreis/Hessen verdient mehr als 125.000 Euro im Jahr. Die Steuersäckel der Kommunen sind daher gut gefüllt – und diese können deshalb in Bildung investieren. Zwischen 1992 und 2018 gab der Kreis für Bau und Erhalt der Schulen pro Jahr durchschnittlich 1.444 Euro pro Schüler aus. Fünfmal so viel wie die Stadt Kassel.

Wer ist arm, wer reich?

// Für den Dramatiker Bertolt Brecht war die Sache klar: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich", schrieb er 1934. Die Wirtschafts- und Sozialforschung und die Statistik tun sich dagegen heute schwer damit zu definieren, wer als arm und wer als reich gilt. //

Niemand in Deutschland muss verhungern oder verdursten. Existenzielle Armut gibt es also nicht. Gleichwohl existiert hierzulande Armut. Wir können sie sehen, wenn wir vor die Tür gehen: Menschen, die als Obdachlose unter Brücken leben, Kinder, die betteln, Rentnerinnen und Rentner, die bei der Tafel für Essen anstehen. Aber lässt sich Armut in Euro und Cent ausdrücken? Als armutsgefährdet gilt jemand, wenn er oder sie weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Laut Statistischem Bundesamt liegt aktuell der Schwellenwert für einen Ein-Personen-Haushalt bei einem Nettoeinkommen von rund 1.060 Euro. Zwei Erwachsene mit zwei Kindern, die jünger als 14 Jahre sind, gelten als armutsgefährdet, wenn sie zusammen und nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 2.231 Euro pro Monat zur Verfügung haben. Fast 16 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind demnach armutsgefährdet.

Der Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge hält solche Zahlen allerdings für wenig aussagekräftig. „Wer unter diesem Limit liegt, ist nicht nur einkommensarm, sondern muss noch seine Miete bezahlen", und diese sei für viele Familien in den vergangenen Jahren immer mehr gestiegen – und habe das zur Verfügung stehende Einkommen noch einmal reduziert, sagt er der E&W. Es sei daher ausgesprochen schwierig, eine absolute Armutsgrenze zu bestimmen. Jugendliche, die in Deutschland im Winter mit Sommerkleidung und -schuhen in die Schule kämen, von Mitschülerinnen und -schülern ausgelacht würden und sich schämten, aus einer Hartz-IV-Familie zu kommen, seien sicherlich nicht von existenzieller Armut betroffen, würden aber unter der Stigmatisierung, arm zu sein, leiden, so Butterwegge weiter. Diese Dimension von Armut könne die Statistik, auf die sich die Politik gerne berufe, überhaupt nicht erfassen. „Armut wird seit den ALG-2-Reformen als persönliches Scheitern empfunden und nicht mehr als Ergebnis gesellschaftlicher Benachteiligung."

Der Forscher macht noch auf etwas anderes aufmerksam: Bis vor 20 Jahren galten 50 Prozent des arithmetischen Mittels (Durchschnitt aus allen Einkommen) als Armutsgrenze. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2001 tauchte aber zum ersten Mal der Median als zusätzliche Messgröße auf, also der mittlere Wert aller erfassten Einkommen. Im 2005 vorgelegten zweiten Bericht war er dann schon das alleinige Maß. Durch die Neujustierung der Armutsrisikoschwelle sowie die Einführung des Medians sei die Armutsquote statistisch gesenkt worden, kritisiert Butterwegge. Mit anderen Worten: Ein nicht unwesentlicher Teil der Menschen mit niedrigen Einkommen gilt heute nicht mehr als armutsgefährdet. Butterwegge hält es für sinnvoll, beide statistischen Maßeinheiten zu verwenden. Wenn das arithmetische Mittel deutlich über dem Median liege, spreche dies für eine extrem ungleiche Einkommensverteilung in der Gesellschaft.

Statistisch reich gerechnet

Eine solche Einkommensverteilung fördert extremen Reichtum. Doch statistisch ist auch die Reichtumsschwelle schwierig zu erfassen. Es gebe in der Politik die Tendenz, den „wahren Reichtum zu verschleiern", kritisiert Butterwegge. Laut des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts beginnt Reichtum bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.894 Euro und einem Nettovermögen von 500.000 Euro. Lege man die Definition des Berichts zugrunde, würde schon ein Oberstudienrat als einkommensreich und die Besitzer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung in guter Wohnlage bereits als vermögensreich gelten. Diese Menschen seien sicherlich wohlhabend oder sogar sehr wohlhabend, aber nicht reich, so Butterwegge.

Auch die alle fünf Jahre vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liefert keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage „Wer ist reich?". Bei der Quotenstichprobe, zu der auch Fragen nach dem Geld- und Sachvermögen gehören und an der sich 0,2 Prozent der Haushalte in Deutschland freiwillig beteiligen, endet die Einkommensskala bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 Euro im Monat; Verdienste, die darüber liegen, werden nicht erfasst.

Wenig hilfreich ist auch der jährliche Mikrozensus, bei dem 1 Prozent der Bevölkerung, also etwa 830.000 Menschen, nach ihren Lebensumständen befragt werden. Im Gegensatz zur EVS gibt es beim Mikrozensus eine Auskunftspflicht. Der Statistiker Gerd Bosbach kritisiert jedoch, dass das Statistische Bundesamt im Mikrozensus zwar Nettoeinkommen von über 18.000 Euro im Monat erfasst, das Ergebnis aber nicht im Detail veröffentlicht. Stattdessen, so der Statistiker 2017 in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Oxi", würden alle Menschen, die mehr als 4.500 Euro netto monatlich verdienen, zur Gruppe der Gutverdienenden zusammengelegt. Laut Mikrozensus beginnt Einkommensreichtum also bei einem Netto-Verdienst von 4.500 Euro. Bosbach: „Das ist gerade einmal gehobener Mittelstand."

Auch aufgrund solcher statistischer Nebelkerzen ist es sinnvoll, der Definition aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eine andere entgegenzusetzen: „Reich ist, wer ein großes (Netto-)Vermögen besitzt, es aber gar nicht antasten muss, um von den Erträgen (Zinsen,

Dividenden, Mieteinnahmen und/oder Pachterlösen) bis zum Tod auf höchstem Wohlstandsniveau leben zu können“, heißt es in dem von Butterwegge zusammen mit seiner Frau, der Erziehungswissenschaftlerin Carolin Butterwegge, verfassten jüngsten Buch (s. Seite 14 f.).

Je reicher, desto einflussreicher

Und noch etwas charakterisiert für Butterwegge Reichtum: „Wer reich ist, ist auch politisch einflussreich. Er kann Einfluss über Lobby-Organisationen, Parteispenden oder auch Stiftungen ausüben.“ Gerade Stiftungen seien problematisch, sagt Butterwegge. Sie würden immer häufiger originär staatliche Aufgaben übernehmen, auch im Bildungssektor. „Wenn aber einzelne Reiche bestimmen, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt, dann ist das politisch problematisch.“

Dass das Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt ist, verschärft das Problem zusätzlich. Laut Angaben des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, besitzen 40 Prozent der Bevölkerung kein nennenswertes Vermögen, auf das sie im Alter oder im Krankheitsfall zurückgreifen können. Über 32 Millionen Menschen lebten quasi von der Hand in den Mund, so Carolin und Christoph Butterwegge; sie seien „nur eine Kündigung oder einen Unfall von der Armut entfernt“.

Legt man diese Zahlen zugrunde, dann müssten nicht 16, sondern 40 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen als armutsgefährdet gelten. Sie sind bei schwerer Krankheit oder Jobverlust entweder auf funktionierende private bzw. familiäre Netzwerke oder die staatlichen sozialen Sicherungssysteme angewiesen.

Und sie brauchen einen Staat, der nicht an Kultur und Bildung spart. Wenn aufgrund klammer öffentlicher Kassen städtische Schwimmbäder sowie Bibliotheken, Jugendzentren und Theater schließen müssen, komme es immer mehr auf den eigenen Geldbeutel an, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Menschen mit niedrigen Einkommen könnten sich die Eintrittspreise in die privaten Sauna- und teuren Erholungslandschaften nicht leisten; von den Ausgaben für kommerzielle Kultur- und Bildungsangebote ganz zu schweigen, mahnt Schneider in dem von ihm 2015 herausgegebenen Buch „Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen“ (Westend-Verlag).

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Cartoon: Freimut Woessner

Kinder erster und zweiter Klasse

Noch nie gab es in Deutschland so viele reiche Kinder – auf der anderen Seite wachsen mehr als 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut auf.

Foto: IMAGO/photothek

// Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums der vergangenen Jahrzehnte hat sich besonders negativ auf die Lebenssituation der Kinder aus sozial benachteiligten Familien ausgewirkt. Wenn der Staat nicht gegensteuert, wird sich die Bildungsbenachteiligung weiter verfestigen. //

Kinder und Jugendliche bilden keine homogene Gruppe, sondern gehören je nach dem Einkommen und Vermögen, dem Sozialstatus, der ethnischen Herkunft, der weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung und dem Bildungsgrad ihrer Eltern unterschiedlichen Klassen, Schichten und soziokulturellen Milieus an. Weil die zwischen den Erwachsenen seit geraumer Zeit deutlich zunehmende Ungleichheit nicht erst seit der Covid-19-Pandemie auf die junge Generation durchschlägt, gibt es Kinder erster und Kinder zweiter Klasse. Da sich die verschiedenen Gesellschaftsschichten weiter voneinander entfernen, haben die Lebenswelten ihrer Kinder kaum noch etwas gemein.

Wer glaubt, dass es in Deutschland keine sozialen Klassenunterschiede gibt, wird eines Schlechteren belehrt, wenn er in die Schulklassen hineinschaut: Da sitzen Kinder, denen es an nichts fehlt, was ihre Ausstattung mit prestigeträchtigen Konsumartikeln, modischer Kleidung und eigenem Taschengeld betrifft, neben Kindern, die ohne Pausenbrot zur Schule kommen, aus ihren Schuhen herausgewachsen sind und kaum das Allernötigste bei sich haben – wenn sie denn überhaupt noch in dieselben Schulen gehen. Während die Kinder aus einkommensschwachen Familien im deutschen Schulwesen zu den größten Bildungsverliererinnen und -verlierern gehören, sind die Kinder reicher Eltern eindeutig im Vorteil. Man kann daher in Abwandlung eines Sprichwortes sagen: Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg, sei es zum Abitur, zum Studium und/oder zur beruflichen Karriere.

Ob ein Kind im Umfeld parkähnlicher Gärten, großer Grünflächen sowie in Tennis- und Hockeyclubs oder im Umfeld von Spielhallen, Sonnenstudios, Wettbüros, Imbissbuden und Billigläden

aufwächst, prägt sein ganzes Leben. Die tief ins kindliche Gemüt eingebrannte Erfahrung der persönlichen Benachteiligung oder der familiären Privilegierung lässt Menschen bis ins hohe Alter nie los, beeinflusst ihren Bildungsweg, ihre Berufswahl und ihre Entscheidung für eine Partnerin/einen Partner ebenso wie ihre Persönlichkeit, Lebenseinstellung und Weltanschauung.

Von den knapp 13,7 Millionen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die hierzulande leben, wachsen einerseits ungefähr 2,85 Millionen in Armut auf. Entweder beträgt das Einkommen ihrer Familie weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens und/oder diese bezieht Sozialtransfers. Andererseits gibt es heute so viele reiche Kinder wie nie zuvor. Aus den Steuerstatistiken der Bundesländer geht hervor, dass sich ein riesiger Kapitalreichtum bei wenigen Kindern konzentriert. Sehr reiche Eltern verschenken aus steuerrechtlichen Gründen Unsummen an ihre Nachkommen. Vor allem Unternehmerfamilien haben zwischen 2011 und 2014 große Teile ihres Vermögens auf ihre Kinder übertragen – aus Furcht, dass die Erbschaftsteuer für Firmenerben erhöht werden könnte, was übrigens wegen der erfolgreichen Lobbyarbeit ihrer Verbände gar nicht geschah. 90 Kinder, die jünger als 14 Jahre waren, bekamen damals im Durchschnitt 327 Millionen Euro geschenkt – steuerfrei!

Die Chancen von Kindern auf eine erfolgreiche Bildung waren schon vor der Covid-19-Pandemie in Abhängigkeit von der sozioökonomischen Lage ihrer Familien höchst ungleich verteilt. Dass die Bildungschancen der Kinder maßgeblich vom Sozialstatus, Bildungsniveau und Geldbeutel der Eltern abhängen, ist ein lange bekanntes, aber nach wie vor ungelöstes Kardinalproblem des mehrgliedrigen Schulwesens, das sich aufgrund der pandemiebedingten Schulschließungen sowie der während dieser Zeit erprobten Modelle eines Distanz- und Wechselunterrichts noch erheblich verschärft hat.

Nie wurde deutlicher als während der pandemischen Ausnahmesituation, dass sich die sozioökonomische Ungleichheit aufgrund der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich unmittelbar und ohne großen Zeitverzug in gesundheitliche, Wohn- und Bildungsungleichheit umsetzt. Es ist ganz banal: Die eine Familie lebt im Eigenheim mit Garten und großem Kinderzimmer, weil sie über genug Geld verfügt, um sich das leisten zu können, die andere lebt in zwei Zimmern im Hochhaus am Stadtrand – und zwar nicht der Aussicht, sondern der niedrigen Miete wegen. Jeder weiß, wo Kindern das Homeschooling besser gelang. Auch zeigte sich während des wiederholten Lockdowns, dass Lehrkräfte für den Bildungserfolg wichtiger sind als Laptops.

Verschärfte Ungleichheit

Statt der für das bestehende Wirtschaftssystem weiterhin zentralen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit wurde im Corona-Zusammenhang hauptsächlich der Generationenkonflikt thematisiert. So hieß es beispielsweise, die Jungen hätten durch ihre fehlende Infektionsfurcht, ihre mangelnde Rücksichtnahme auf die Risikogruppen und ihren zu laxen Umgang mit dem Corona-Virus das Leben der Alten gefährdet. Diesen wurde umgekehrt vorgeworfen, die nachwachsende Generation für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Gesundheit in Mithaftung genommen, den Bewegungsspielraum der Jungen über Gebühr eingeschränkt und deren allgemeine Entwicklungsmöglichkeiten dauerhaft verschlechtert zu haben. Nicht die Generationen hat die Pandemie aber in zwei (sich womöglich feindlich gegenüberstehende) Lager geteilt, sondern jede Generation wurde auf eine spezifische Weise zerrissen.

Da die (Kinder-)Ungleichheit noch immer weitgehend tabuisiert wird, muss zunächst ein politisches Klima geschaffen werden, das sie leichter skandalisierbar und ihre gesellschaftlichen Ursachen klarer erkennbar macht. Wenig hilfreich sind die Massenmedien, weil sie häufig Klischees über „Superreiche“ und „Unterschichtfamilien“ verbreiten, statt Aufklärung über die Strukturen, Entstehungsursachen und Erscheinungsformen der Ungleichheit zu betreiben.

Argumentativ besser vermittelt werden muss, dass die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich nicht bloß moralisch verwerflich, sondern auch schädlich für eine Volkswirtschaft ist. Denn die ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. Die sozioökonomische Ungleichheit ist zudem Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der von Konservativen immer wieder als Ziel ihrer Bemühungen beschworen wird. Je mehr die Sozialstruktur in Arm und Reich zerfällt, umso eher bilden sich Parallelwelten und Subkulturen heraus, in denen die Kinder der einzelnen Klassen und Schichten unter sich bleiben.

Kinderungleichheit erwächst aus einer Ungleichverteilung der Ressourcen von Haushalten mit Kindern, die maßgeblich vom Erwerbseinkommen der Eltern(teile) bestimmt wird. Da Kinderarmut fast immer auf Elternarmut zurückzuführen ist, die aus einer exkludierten oder Randstellung am Arbeitsmarkt resultiert, müssen sich Erfolg versprechende Gegenstrategien auf Maßnahmen konzentrieren, welche nicht armutsfeste Löhne und Gehälter so anheben, dass man „von Arbeit wieder leben“ und eine Familie unterhalten kann.

Wenn der Staat nicht dafür sorgt, dass die unterschiedliche Ausstattung der Familien mit materiellen Ressourcen durch einen sozialen Ausgleich kompensiert wird, bleibt ein wachsender Teil der jungen Generation bildungsbenachteiligt. Gleichzeitig muss die soziale, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ausgebaut werden, wobei der Schwerpunkt auf abgehängten Stadtvierteln liegen sollte. Überholt ist das gegliederte Sekundarschulsystem, das maßgeblich dazu beiträgt, die sozialräumliche Segregation in den Bildungsbereich hinein zu verlängern.

Carolin Butterwegge,
Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Köln
Prof. Christoph Butterwegge,
Politikwissenschaftler

Carolin und Christoph Butterwegge: Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt. Campus-Verlag, Frankfurt 2021, 303 S.

Unterwegs im Paternoster

// Die gesellschaftliche Spaltung und wie sie sich eindämmen lässt – dazu forscht Professor Andreas Reckwitz, Soziologe an der Humboldt-Universität Berlin. //

E&W: Ihre These lautet: Die ursprüngliche Mittelklasse der Nachkriegszeit existiert nicht mehr. Sie habe sich im Laufe der vergangenen zwei, drei Jahrzehnte aufgespalten. Wie sieht diese Spaltung aus?

Prof. Andreas Reckwitz: Aus der Erbmasse der nivellierten Mittelstandsgesellschaft ist eine modernisierte, eine „neue Mittelklasse" entstanden. Und eine „neue Unterklasse". Wie in einem gesellschaftlichen Paternoster steht einer Aufwärts- eine Abwärts-Tendenz gegenüber.

E&W: Welche Mechanismen wirken hier?

Reckwitz: Da ist erstens die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte. Sie hat zur Folge, dass die Gruppe mit höheren Bildungsabschlüssen gewachsen ist. Das sind heute 20 bis 30 Prozent der Gesellschaft. Dieses Segment der Mittelklasse wurde nach oben transportiert. Der zweite Mechanismus ist der Wandel der ökonomischen Struktur. Die Zahl der Erwerbstätigen im klassischen industriellen Sektor ist geschrumpft, die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor dagegen enorm gestiegen. Zu diesem Sektor gehören die neue Wissensökonomie, die sogenannten Knowledge Worker, vor allem Menschen mit Hochschulabschluss. Dazu gehören aber auch einfache Dienstleistungen, für Beschäftigte mit einfachen Bildungsabschlüssen. Diese „Service Class" fährt tendenziell nach unten. Und drittens haben wir den Wertewandel: die Ausweitung der Selbstverwirklichung. Die Werte der alten Mittelklasse – Pflicht und Akzeptanz – sind so in die Defensive geraten.

Foto: Jürgen Bauer

Der Soziologe und Kulturwissenschaftler Andreas Reckwitz (51) ist Professor für Allgemeine Soziologie und Kultursoziologie an der Humboldt-Universität Berlin.

E&W: Was sind die Merkmale und Werte der „neuen Mittelklasse"?

Reckwitz: Das sind Menschen, die häufig in der Wissensökonomie arbeiten; die oft in Metropolregionen leben; die großen Wert auf Selbstentfaltung legen, auf die Realisierung der eigenen Potenziale. Dort ist das kulturelle Kapital, das Bildungskapital hoch. Selbstentfaltung und sozialer Erfolg sollen Hand in Hand gehen, so das Lebensideal.

E&W: Sie schreiben ferner: Der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit wurde abgelöst – durch einen „apertistischen", also sich öffnenden Liberalismus. Was hat es damit auf sich?

Reckwitz: Parallel zum ökonomischen und kulturellen Wandel hat es seit den 1980er-Jahren einen politischen Wandel gegeben. Hin zu einer Politik, in der es darauf ankommt, die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Landes zu sichern, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Individuen, die für sich selber sorgen sollen. Der ökonomische Neoliberalismus wurde dabei häufig kombiniert mit einem progressiven Liberalismus. Das war etwa während der Zeit der rot-grünen Bundesregierung der Fall.

E&W: Was hat der „apertistische" Liberalismus mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zu tun?

Reckwitz: Der Rechtspopulismus ist in Teilen der traditionellen Mittelklasse verankert und in Teilen der Unterklasse. Warum? Weil das diejenigen sind, die sich als Modernisierungsverlierer wahrnehmen. Weil es dort das Gefühl der kulturellen Defensive gibt oder ein sozialer Abstieg bereits stattgefunden hat. Der Rechtspopulismus steht dem Liberalismus diametral entgegen. Er ist zum Beispiel vehement gegen Globalisierung. Er will wieder Grenzen sichern, sowohl ökonomisch als auch kulturell.

E&W: Kritik an der „neuen Mittelklasse" kommt auch von Links. Besonders deutlich formuliert von der Politikerin Sahra Wagenknecht (Die Linke). Sie ist der Meinung: Diese Menschen seien Lifestyle-Linke, die sich vor allem für Gender-Fragen und Diversity interessierten. An den Interessen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Armen gehe all dies vorbei. Was halten Sie von diesen Thesen?

Reckwitz: Aus meiner Sicht hat die „neue Mittelklasse" gesellschaftlich positive Auswirkungen. Sie trägt den kulturellen Wandel in Richtung Geschlechter-

Emanzipation, der Gleichberechtigung sexueller oder ethnischer Minderheiten und ist häufig stark für ökologische Fragen sensibilisiert. Es gibt aber auch eine Schattenseite: die Tendenz, die eigene, privilegierte Situation in der Gesellschaft zu übersehen. Dass man zum Beispiel zugunsten der eigenen Kinder sehr gewandt im Bildungssystem unterwegs ist oder in komfortablen Wohnumfeldern lebt. Mir scheint aber, dass durch die intellektuelle und politische Debatte über die „neue Mittelklasse" sich dort eine größere Selbstreflexivität einstellen kann.

E&W: Wie könnte die von Ihnen beschriebene gesellschaftliche Spaltung überwunden werden?

Reckwitz: Das ist kein einfacher Prozess. Aber auf der Politik-Ebene ist der „apertistische" Liberalismus schon seit einigen Jahren in eine Krise geraten. Man sieht, in welche Sackgassen er gerät. Etwa die Vernachlässigung öffentlicher Infrastruktur im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Verkehrswesen. Man bekommt mittlerweile eine Sensibilität dafür, dass das eine Politik ist, die eine soziale Spreizung gefördert hat, etwa durch die Etablierung eines Niedriglohnsektors. Ein neues politisches Paradigma deutet sich an. Ich habe das „einbettenden" Liberalismus genannt. Diesem geht es darum, die Märkte in Regeln einzubetten und die öffentliche Infrastruktur zu stärken. Was zum Beispiel bei Präsident Joe Biden in den USA ein großes Thema ist. Oder in der Diskussion um den Mindestlohn, die wir mittlerweile haben.

E&W: Wer ist Träger dieses Paradigmenwechsels? Anders gefragt: Wo sehen Sie Schnittstellen in den Interessen zwischen der „alten" und „neuen" Mittelklasse sowie einen gemeinsamen solidarischen Gedanken?

Reckwitz: Man könnte versuchen, Segmente der „alten" und der „neuen Mittelklasse" in einer Art historischem Kompromiss zusammenzubringen. Nach den Bundestagswahlen wurde begonnen, über eine Ampelkoalition zu verhandeln. Wenn man die soziale Basis der drei Parteien anschaut, könnte das in diese Richtung gehen. Bestimmte Segmente der traditionellen Mittelklasse sind eher bei der SPD zu Hause. Segmente der „neuen Mittelklasse" sind bei den Grünen und der FDP zu finden. Wir werden sehen, welche Form diese Politik annimmt.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2017, 480 S.

RAUM FÜR BILDUNG

FORTBILDUNGEN FÜR PÄDAGOG*INNEN, FÜHRUNGEN UND WORKSHOPS FÜR KITAS UND SCHULEN

JETZT BUCHBAR AUF HUMBOLDTFORUM.ORG

HUMBOLDT FORUM

Bildung fairer finanzieren

// Die sozialen Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem hängen auch mit Schwächen der föderalen Finanzierungsstrukturen zusammen. Die GEW schlägt daher die Reform des sogenannten Königsteiner Schlüssels, der den Anteil jedes Bundeslandes bei der Finanzierung gemeinsamer Aufgaben regelt, sowie die Einführung eines Sozialindex und ein gerechteres Steuersystem vor. //

Als die neue GEW-Vorsitzende Maike Finnern beim 29. Gewerkschaftstag im Juni ihr Amt antrat, kündigte sie Chancengleichheit als Schwerpunktthema an. Die Dringlichkeit liegt auf der Hand: Alle Jahre wieder stellen Studien fest, dass Deutschland bei der Bildungsgerechtigkeit im internationalen Vergleich hinterherhinkt. Viel zu oft entscheidet die soziale Herkunft über den Bildungserfolg.

Das hat auch mit Geld und konkret dessen Verteilung zu tun – und einem mehr als 70 Jahre alten System. 1949 kamen in Königstein am Taunus Fachleute zusammen, um eine gerechte Verteilung der Kosten überregionaler Forschungseinrichtungen zu beschließen. Heraus kam der Königsteiner Schlüssel. Er legt fest, wie die Bundesländer an gemeinsamen Finanzierungen beteiligt werden: Der Anteil, den ein Land tragen muss, richtet sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) berechnet den Schlüssel jedes Jahr neu. Aktuell entfallen die größten Anteile auf Nordrhein-Westfalen (21,1 Prozent), Bayern (15,6 Prozent) und Baden-Württemberg (13 Prozent). Die geringsten Anteile haben Bremen (0,96 Prozent), das Saarland (1,2 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (1,98 Prozent).

Ursprünglich wurde der Königsteiner Schlüssel für die Anteile der Länder an den Zuschüssen für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft und der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften – angewandt. Inzwischen geht er über den Forschungsbereich hinaus. Mit Hilfe des Schlüssels wurden auch die Euro-Milliarden aus dem Digitalpakt Schule verteilt.

Ungleiches ungleich behandeln

Die GEW kritisiert das System derweil als Verteilung von Geldern nach dem Gießkannenprinzip. Sie fordert, einen Sozialfonds zur besseren Ausstattung von Schulen nach einem Sozialindex zu etablieren. In einem Beitrag für die „Deutsche Schule“ (DDS) analysierten die ehemalige GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann und der Bildungsforscher Detlef Fickermann am Beispiel des Zwei-Milliarden-Euro-Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ Möglichkeiten einer gerechteren Zuweisung der Mittel – alternativ zur Verteilung nach Umsatzsteueranteilen, aber auch im Vergleich zum üblichen Königsteiner Schlüssel. Als Indikatoren nutzten sie etwa den Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sowie den Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften in den einzelnen Ländern.

Insgesamt geht es aber nicht nur um die Verteilung der Bundesmittel auf die Länder. Wichtig ist auch, wie die Gelder dort anschließend verteilt werden. Für die GEW gilt der Grundsatz: Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Schulen in ärmeren Kommunen dürfen nicht mit Schulen in reichen Regionen gleichgestellt werden. Einrichtungen in pädagogisch herausfordernder Lage benötigen mehr Fachkräfte und multiprofessionelle Teams sowie eine gute materielle und räumliche Ausstattung – und dafür dauerhaft zusätzliche finanzielle Unterstützung. Dabei sollten nach Ansicht der GEW die im Nationalen Bildungsbericht beschriebenen sozialen, finanziellen und bildungsbezogenen Risikolagen berücksichtigt werden – etwa Erwerbslosigkeit, geringe Qualifikation der Eltern oder ein geringes Familieneinkommen.

In Hamburg gibt es seit 1996 einen Sozialindex für alle staatlichen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien. Er beschreibt die sozioökonomische Zusammensetzung der Schülerschaft an Schulen auf einer Skala von eins (schwierige Verhältnisse) bis sechs (pri-

Foto: IMAGO/Panthermedia

Mangelnde Chancengleichheit im Bildungssystem hat auch mit der Verteilung finanzieller Ressourcen zu tun.

vilegierte Verhältnisse). Die Behörde für Schule und Berufsbildung berücksichtigt den Index bei der Ausstattung der Schulen. Nordrhein-Westfalen führte mit Beginn dieses Schuljahres einen schulscharfen Sozialindex ein. Die Schulen werden in neun Stufen eingeteilt, die neunte Stufe steht für eine sehr hohe Belastung. Kriterien der Zuordnung sind unter anderem die Quote der Schülerinnen und Schüler, deren Familien Sozialhilfe beziehen, sowie der Anteil der Kinder, in deren Familien nicht deutsch gesprochen wird.

Höhere Steuern für Reiche

Neben einer bedarfsgerechteren Verteilung der Mittel braucht es indes grundsätzlich mehr Investitionen in Bildung. Finnern bezifferte jüngst allein den Investitionsrückstand aller Bildungseinrichtungen auf zusammen rund 100 Milliarden Euro. Damit Länder und Kommunen mehr Geld in Kitas, Schulen und Hochschulen fließen lassen können, muss sich ihre Einnahmesituation verbessern.

Auch dazu macht die GEW Vorschläge. So verlangt sie neben der kompletten Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Bildung die Abschaffung der Schuldenbremse und eine Verlängerung der Laufzeit für die Tilgung der pandemiebedingten Kredite auf 50 Jahre. Außerdem schlägt sie eine gerechtere Steuerpolitik vor, die Einkommensschwache entlastet und Einkommensstarke mehr in die gesellschaftliche Pflicht nimmt. Beim Gewerkschaftstag nannte Finnern auch eine Corona-Abgabe für Superreiche.

Schon vor Jahren hat die GEW ein Steuerkonzept vorgelegt, in dem sie für die Wiedereinführung der Vermögensteuer plädiert. Vorgesehen ist ein Freibetrag von einer Million Euro, der Steuersatz soll bei 1 Prozent liegen. Auch die Erbschaftsteuer, die den Ländern direkt zugutekommt, müsse reformiert werden. Zudem fordert die GEW eine Finanztransaktionssteuer: Bei einem Steuersatz von nur 0,1 Prozent könnten so jährlich 37,5 Milliarden Euro erzielt werden. Darüber hinaus solle das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung aller Ehepaare abgelöst werden.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Detlef Fickermann, Ilka Hoffmann: „Ungleiches ungleich behandeln“, DDS 3/2021 (waxmann.com): bit.ly/3mGl9zN
GEW-Steuerkonzept: www.gew.de/steuerkonzept-pdf

VINCERA KLINIK
BAD WALDSEE

Die familiäre Privatklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

- Depressive Erkankungen
- Folgeerkrankungen von chronischer Stressbelastung wie „Burnout“, Schlafstörungen, Bluthochdruck, Kopf- und Rückenschmerzen
- Posstraumatische Belastungsstörungen
- Angst- und Panikstörungen
- Somatoforme Störungen
- Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen
- Essstörungen

VINCERA
Bad Waldsee

Vincera Klinik Bad Waldsee GmbH
Badstraße 28 | 88339 Bad Waldsee | **Tel.: 0800 45 40 262**

Screenshot: Netzwerk Steuergerechtigkeit

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat für den Schulunterricht Lernmaterialien entwickelt, die wirtschaftliche Zusammenhänge anders darstellen als zahllose Materialien, die der Bankenverband, Versicherungen oder die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft herausgeben.

Lernpaket für mehr Steuergerechtigkeit

// Alle Menschen in Deutschland zahlen Steuern. Doch was oft für Unmut sorgt, kommt in den Unterrichtsmaterialien des Netzwerks Steuergerechtigkeit ganz anders daher. //

„Steuern tragen nicht nur dazu bei, gute Bildung zu finanzieren. Schon ihre Erhebung sorgt idealerweise für mehr Gerechtigkeit – in Deutschland und weltweit.“ So steht es in dem Lernpaket „Steuergerechtigkeit – Globale Ungleichheit, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung“, das sich an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II sowie an Fachoberschulen richtet, gut einzubauen etwa in Fächer, die Sozialwissenschaften, Wirtschaft oder Politik heißen. Entwickelt hat sie das Netzwerk Steuergerechtigkeit, in dem neben entwicklungspolitischen Organisationen auch die GEW Mitglied ist. Ihr Ziel: Wirtschaftliche Zusammenhänge anders zu erklären als zahllose Materialien, wie sie der Bankenverband, Versicherungen oder die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft herausgeben. „Wir dürfen wirtschaftliche Bildung nicht jenen überlassen, für die Steuern als bürokratisches Hindernis nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Für das Funktionieren unserer Gesellschaft sowie die internationale Gerechtigkeit spielen sie eine Schlüsselrolle.“ Das erklärt Christoph Trautvetter, Referent beim Netzwerk Steuergerechtigkeit.
Zu Beginn des ersten von drei Lernvideos geht es darum, was mit Steuern geschieht, wenn sie beim Staat eingegangen sind. Mit der virtuellen Schülerin Ida recherchieren Schülerinnen und Schüler, was Kommunen für Kinder und Jugendliche ausgeben: für Radwege zum Beispiel oder auch für eine neue Sporthalle. Zu Ida gesellt sich bald Emanuel, der in Nigeria lebt. Der möchte wie Ida zur Schule gehen, vielleicht studieren. Doch seine Chance, dass das gelingt, sei geringer als bei Ida, erklärt das Video.

Globaler Blick

Das Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen im Globalen Norden und Süden ist ein Schwerpunkt der Lernmaterialien, deren Entwicklung vom Bundesentwicklungsministerium gefördert wurde. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen werden ebenso erläutert wie der Human Development Index, der den Entwicklungsstand in Staaten widerspiegeln soll, verknüpft mit der Frage: Wie würdet ihr Entwicklung messen? Auch der weltweite Steuer-Unterbietungswettkampf, Briefkastenfirmen und illegale Finanzströme spielen eine Rolle. Zentral sei es, den deutschen mit dem globalen Blick zu verknüpfen, erklärt Trautvetter: „Wie Entwicklungsländer leidet auch Deutschland unter Steuervermeidung und -hinterziehung – hat aber zugleich über EU, OECD und UN mehr Einfluss auf deren Bekämpfung.“
Die zwei weiteren Lernvideos – „Steuervermeidung durch Unternehmen“ und „Geldwäsche“ – dürften für Schülerinnen und Schüler mit besonders interessanten Perspektivwechseln verbunden sein. „Stellt euch vor, ihr seid Anwalt oder Vermögensverwalter“, heißt es in einer Aufgabe, „euer Kunde hat 100 Millionen Euro illegales Geld. Was ratet ihr ihm?“
Den Probelauf an einer Berliner Sekundarschule bestand diese Aufgabe mit Bravour: Zwei Schülerinnen entwickelten ein kleines Theaterstück, in dem der Vermögensverwalter der ortsansässigen Mafia zwecks Geldwäsche den Kauf teurer Gemälde empfiehlt. Beeindruckt war auch die Gruppe, die sich den Steuertricks von Netflix widmete. „Festzustellen, dass sie im Jahresbericht Geldverschiebung und Steuervermeidung selbst nachvollziehen können, ist für Jugendliche eine wichtige Erfahrung“, erklärt Trautvetter. Modellhaft verlief auch das Aufeinandertreffen zweier Kleingruppen zum Thema „Soziale Ungleichheit“: Während die einen lautstark fanden, Gleichheit könne kein Ziel sein, machten andere sich mit ebenso viel Verve für mehr Chancengleichheit stark.
Ermöglicht wird der Austausch durch eine große Methodenvielfalt, die mit den drei Videos verknüpft wird. Das Paket ist im Präsenz- wie im Distanzlernen einsetzbar, eignet sich für einen Projekttag wie für Stationslernen – und sogar für den Frontalunterricht.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de

Anzeige

Digitalisierung im Klassenzimmer: So meistern Schulen die Herausforderungen des digitalen Zeitalters

Kindgerecht, belastbar und mit ausreichend Leistung: Notebooks für den digitalen Unterricht müssen für alle Eventualitäten gerüstet sein. Deshalb hat ASUS ein umfangreiches Education-Portfolio entwickelt, das auf die verschiedenen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie Bildungseinrichtungen zugeschnitten ist. Seit 2021 arbeitet ASUS mit der Gesellschaft für digitale Bildung (GfdB) zusammen, die neben Beratung und Konzeptionierung auch als Service- und Fortbildungspartner bereitsteht.

ASUS BR1100:
Lernbegleiter in der Grundschule

Das BR1100 übersteht den Schultag problemlos: Die Tastatur ist spritzwassergeschützt, dank Gummipuffern an den Außenkanten kann es auch gelegentlichen Stürzen standhalten. Wartung und Reparatur sind dank des modularen Designs einfach möglich. Hohe Flexibilität bietet das Modell mit 360° Scharnier. Im Notebook-Modus können Kinder bequem Aufgaben erledigen, es im Zelt-Modus aufstellen, um Videos anzusehen, oder im Tablet-Modus schreiben und zeichnen.

ASUS ExpertBook B1:
Kraftpaket für weiterführende Schulen

Das ExpertBook B1 ist ein Allrounder, der hohe Leistung und Langlebigkeit für den Lernalltag vereint. Die Kombination aus bis zu 1 TB SSD und bis zu 2 TB HDD ermöglichen hohe Speicherkapazitäten sowie schnellen Datenzugriff auf Unterrichtsmaterialien. Das robuste Gehäuse des ExpertBook B1 ist optimal gegen im Alltag übliche Stöße und Erschütterungen geschützt. Dank seines leichten Gewichts lässt es sich den ganzen Tag lang bequem transportieren.

Drei Tipps für die Digitalisierung im Klassenzimmer

1. Ein vorausschauender Medienfahrplan:

Das ExpertBook B1 ist ein Allrounder, der hohe Leistung und Langlebigkeit für den Lernalltag vereint.
Die Kombination aus bis zu 1 TB SSD und bis zu 2 TB HDD ermöglichen hohe Speicherkapazitäten sowie schnellen Datenzugriff auf Unterrichtsmaterialien. Das robuste Gehäuse des ExpertBook B1 ist optimal gegen im Alltag übliche Stöße und Erschütterungen geschützt. Dank seines leichten Gewichts lässt es sich den ganzen Tag lang bequem transportieren.

2. Geräte-Koffer oder Elternfinanzierung:

Die nächste Frage ist, wer neue Geräte finanziert. Die Schule kann eigene Notebooks anschaffen, aufbewahren und an Schüler bei Bedarf ausleihen. So können die Geräte auch einfach zentral verwaltet werden. Eine Alternative sind elternfinanzierte Notebooks – bei Bedarf mit Unterstützung eines Fördervereins oder des Schulträgers – bei der jeder Schüler ein eigenes Gerät besitzt.

3. Neue Gestaltungsmöglichkeiten für den Unterricht:

Neue Endgeräte und digitale Medien bieten sich an, um eine neue Lern- und Unterrichtskultur zu etablieren und offene und handlungsorientierte Lernprozesse zu fördern. Sie sollten bestehende Methoden aber nicht vollständig ersetzen. Experten empfehlen, Teile des bestehenden Unterrichtskonzepts durch digitale Medien zu ergänzen.

Wenn Sie Fragen zur Digitalisierung Ihres Klassenzimmers haben, wenden Sie sich jederzeit gerne an microsoft@gfdb.de.

Foto: GEW Sachsen-Anhalt

Mit einer Postkartenaktion macht die GEW Sachsen-Anhalt auf die unterschiedliche Bezahlung der Lehrkräfte im Land aufmerksam. Die Postkarten werden an die Mitglieder der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen geschickt. Sie informieren über die Gehaltsunterschiede zwischen den Lehrkräften in Sachsen-Anhalt und jenen in anderen ostdeutschen Bundesländern.

„Die Hälfte ist geschafft“

// Zum sechsten Mal startet die GEW die Kampagne „JA13 – weil gute Pädagogik es wert ist“. 2021 gibt es vom 8. bis 19. November vielfältige Aktionen in den Bundesländern. //

Mit der Kampagne hat die Bildungsgewerkschaft in den vergangenen Jahren bereits viel bewegt. „Die finanzielle Gleichstellung der Grundschullehrkräfte und der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I mit den anderen voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern ist in acht der 16 Bundesländer erreicht. Die Hälfte ist also geschafft“, betont Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied für Frauenpolitik.
Ziel ist es, alle verbeamteten Lehrkräfte zum Berufseinstieg nach der Besoldungsgruppe A13 und alle angestellten nach der Entgeltgruppe E13 zu bezahlen – unabhängig von der Schulform, für die sie ausgebildet worden sind und/oder an der sie arbeiten. Ins Leben gerufen wurde die Kampagne 2016. Bereits 2017 gab es Erfolge in Berlin und Brandenburg. Mittlerweile bezahlen auch Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen die Grundschullehrkräfte nach A13 oder E13. Doch noch bleibt einiges zu tun: In acht Bundesländern erhalten Lehrkräfte in der Grundschule nach wie vor A12: in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (NRW), Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Sachsen-Anhalt. In Niedersachsen wird mittlerweile eine Zulage gezahlt.
Die GEW kämpft dabei immer auch für die Höhergruppierung von Lehrkräften in der Sekundarstufe I. Die Bezahlung ist bundesweit nicht einheitlich. In Hessen und Baden-Württemberg erhalten alle Lehrkräfte in der Sek I bereits A13. „NRW ist der schäbigste Arbeitgeber, hier hat sich noch gar nichts getan“, kritisiert Gützkow das Bundesland, in dem außer den Gymnasiallehrkräften alle anderen in der Sek I nach A12 besoldet werden. In anderen Bundesländern werden Teilgruppen der Sek I nach A13, andere nach A12 bezahlt. Einen Überblick bietet die interaktive Landkarte auf der GEW-Website*.

Ungeduld wächst

„Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sek I sind die einzigen Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst mit Studienabschluss und Vorbereitungsdienst/Referendariat, für die keine A13-Stellen ausgeschrieben sind“, unterstreicht Gützkow. Sie tritt dafür ein, dass die professionelle Arbeit anerkannt und der Wert pädagogischer Arbeit nicht gegen den Fachunterricht ausgespielt wird. Außerdem werde es Zeit, die mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu beenden, denn an Grundschulen arbeiten zu 90 Prozent Frauen.
Um auf die Missstände bei der Bezahlung aufmerksam zu machen, haben viele Landesverbände im November Aktionen geplant: Die GEW Sachsen-Anhalt hat an alle Mitglieder Postkartensets verschickt, die diese an die Abgeordneten der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen senden sollen. Geplant ist, dass jede der vier Fraktionen so rund 2.000 Postkarten erhält. Ingo Doßmann, Mitglied im Landesvorstand, ist über nicht eingehaltene Wahlversprechen der Politik sehr verärgert. Vor der Landtagswahl hatte die GEW Sachsen-Anhalt die Parteien zur Höhergruppierung nach A13 befragt und positive Signale erhalten. „Was die Regierungsparteien CDU, SPD und FDP nun daran hindert, von ihren Versprechen aber auch wirklich kein einziges Wort in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Doch wir lassen uns nicht unterkriegen!“, gibt sich Doßmann kämpferisch. Mit der Postkarten-Aktion will die GEW deutlich machen, dass Nachwuchskräfte das Land allein aus monetären Gründen verlassen. „In der Realität

sieht es so aus, dass wir die ersten 45 Kalendertage im Jahr de facto umsonst gearbeitet haben“, erläutert der Leiter einer Grundschule in Genthin den Unterschied zwischen A12 und A13.
Die Ungeduld in den Ländern, in denen sich in Sachen Höhergruppierung nichts bewegt, wächst. Auch die GEW Rheinland-Pfalz ruft ihre Mitglieder auf, einen Musterbrief an Bildungsministerin Stefanie Hubig zu schicken.

GEW optimistisch

Kreativ und klimaneutral setzt das Saarland die JA13-Aktion um. Die GEW-Landesvorsitzende Birgit Jenni plant, mit einem neu angeschafften Elektroauto in den nächsten acht Monaten mehr als 160 Grundschulen zu besuchen. „Die Vorsitzenden der örtlichen Personalräte können mich gerne in Personalversammlungen einladen. Gleichzeitig werde ich auch auf die Schulleiterinnen und Schulleiter zugehen“, berichtet Jenni. Sie möchte Lehrkräfte motivieren, sich für die Sache zu engagieren.

Politisch umstritten ist JA13 in Bayerns Regierungskoalition. Die Freien Wähler, zu denen Kultusminister Michael Piazolo gehört, fordern die finanzielle Angleichung, die CSU lehnt eine Höhergruppierung aber kategorisch ab. In Bayern werden Grund- und Mittelschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A12 eingestuft, in A13 Lehrkräfte an Gymnasien, Realschulen, Förderschulen sowie beruflichen Schulen. Beim Start ins Berufsleben macht das einen Unterschied von mehr als 600 Euro brutto monatlich aus. Eine begründete Grundlage dafür gibt es allerdings nicht. Mit 28 bzw. 27 Wochenstunden haben Lehrkräfte an Grund- bzw. Mittelschulen sogar eine höhere Unterrichtsverpflichtung als Gymnasiallehrkräfte mit 23 Stunden. Auch mit Blick auf die Ausbildung findet sich keine Erklärung: Die Regelstudienzeit etwa im Real- und Mittelschullehramt ist identisch.
Martina Borgendale, GEW-Vorsitzende in Bayern, benennt konkrete Auswirkungen der unterschiedlichen Bezahlung: „Vor dem Hintergrund des eklatanten Lehrerinnen- und Lehrermangels muss auch der Freistaat Bayern Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich nach A13/E13 bezahlen. Wir müssen diese Lehrämter für junge Menschen attraktiver machen. Zum Beispiel ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger für das Lehramt Mittelschule zum jüngsten Wintersemester um über 50 Prozent eingebrochen. Nachwuchslehrkräfte werden also weiterhin Mangelware sein.“
Trotz aller Herausforderungen ist die GEW optimistisch, dass sich weitere Bundesländer dem Druck der Gewerkschaften beugen werden. Gützkow: „Entgeltgleichheit und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind Kernanliegen der GEW. Für diese Werte kämpfen wir weiter.“

Dagmar Thiel,
freie Journalistin

www.gew.de/ja13
***www.gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge**

Superleise. Hocheffizient. Mehrfach zertifiziert.

Der revolutionäre Luftreiniger, der sofort 99,9% aller Viren im ganzen Raum unschädlich macht.

Corona-Stopp im Klassenzimmer: Sicher durch den Winter.

Ohne Angst – und ohne zu frieren – über Stunden im Klassenzimmer sitzen: Das geht mit dem richtigen Luftreiniger! Der ProActiveAir iO+ arbeitet mit einer von herkömmmlichen Geräten komplett abweichenden, neuen Technologie.

Beseitigt Aerosole direkt am Ort ihrer Entstehung.
Geräte mit HEPA-Filter müssen die Viren erst quer durch den Raum ziehen, zum Filter. Jede Person auf dem Weg dorthin wird einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Der ProActiveAir iO+ hingegen beseitigt Partikel und Aerosole direkt am Ort ihrer Entstehung.

So kommt das Virus gar nicht erst beim Mitschüler an.
Die Luft wird ionisiert, dadurch fallen die in ihr enthaltenen Partikel direkt zu Boden. Vom Gerät ausgebrachter aktivierter Sauerstoff macht die Viren unschädlich.

Erwischt 99,9 Prozent aller Viren.
Bis zu 160 Quadratmeter Fläche kann der ProActiveAir iO+ dauerhaft schützen. Neben seiner hohen Praktikabilität und geringen Lautstärke überzeugt das Gerät mit niedrigstem Stromverbrauch auch bei den Betriebskosten.

Gerne steht Ihnen Marcel Zahlen für weitere Informationen zur Verfügung:
07032-289931-0 oder info@proactiveair.de

Hier bestellen: www.proactiveair.de

ProActiveAir
FREI ATMEN

Schlusslicht in Sachen Chancengleichheit

// Vor 20 Jahren schockten die Ergebnisse der ersten PISA-Studie die Öffentlichkeit. Eine neue Untersuchung belegt: In Sachen Chancengleichheit hat sich seitdem nichts verbessert. //

Zwei Ergebnisse der ersten internationalen PISA-Studie, die im Dezember 2001 vorgestellt worden ist, standen besonders im Fokus der hitzigen öffentlichen Debatten. In den drei getesteten Bereichen Lesen/Textverständnis, Mathematik und Naturwissenschaften lagen die Testwerte der 15-Jährigen in Deutschland deutlich unterhalb der jeweiligen Durchschnittswerte der 31 teilnehmenden Industrienationen. Und: In keinem der beteiligten Testländer war der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler und den von ihnen erworbenen Kompetenzen so ausgeprägt wie in Deutschland.

Das ernüchternde Resümee „Viel Chancenungleichheit – bei wenig Leistung" stellte die deutsche Bildungspolitik vor eine bis dahin noch nie dagewesene Herausforderung. Hektisch wurden von den Kultusministerien der Länder sieben vordringliche Handlungsfelder benannt, die Entwicklung bundeseinheitlicher Bildungsstandards in Auftrag gegeben, Leistungsanforderungen in den Schulen deutlich verschärft sowie weitere regelmäßige nationale und bundesländerübergreifende Vergleichstests eingeführt. Zugleich entbrannte unter den Ländern ein Streit um die Vergleichbarkeit der Mittleren Reife sowie der Abiturzeugnisse. Die damalige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) mahnte die Länder eindringlich: „Wir müssen alle diejenigen, die beim Zugang zu Bildung und Ausbildung benachteiligt sind, besonders unterstützen." Dies sei nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern mit Blick auf den Fachkräftebedarf der Wirtschaft eine ökonomische Notwendigkeit. Nur mühsam gelang es der damaligen rheinland-pfälzischen Kultusministerin Doris Ahnen (SPD), gegen das Widerstreben westdeutscher, von CDU/CSU regierter Bundesländer,

>>> **Fortsetzung auf Seite 25**

2001 hatte ein Grundschüler aus der Oberschicht bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und Kompetenzen in Lesen und Textverständnis eine um den Faktor 2,63 höhere Chance, eine Empfehlung für den Gymnasialbesuch zu erhalten, als ein Kind aus einfachen Verhältnissen. Dieser Faktor liegt heute bei 3,37!

Foto: Kay Herschelmann

>>> Fortsetzung von Seite 24

Themen wie Ausbau der Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung in den Reformkatalog der Kultusministerkonferenz (KMK) einzubringen.

Kaum Fortschritte

Doch was hat sich seit dem PISA-Schock in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Sachen Chancengleichheit und sozialer Förderung wirklich verändert? Der Bildungsforscher Klaus Klemm analysierte jetzt im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Ergebnisse der diversen Schulleistungsstudien, die seitdem über die vielen Jahre hinweg in zeitlichen Abständen durchgeführt wurden. Für die Grundschulen zog Klemm dazu die IGLU- und die TIMS-Studien heran sowie die Untersuchungen des von den Kultusministern der Länder dafür eigens in Berlin gegründeten Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), für die weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I die PISA- und zudem die IQB-Studien. Die Ergebnisse der diversen Untersuchungen decken den Zeitraum von 2000 bis 2019 ab.

Das Urteil in Sachen Chancengleichheit und sozialer Förderung fällt dabei vernichtend aus. Echter Fortschritt sei über die vergangenen zwei Jahrzehnte hinweg nirgendwo zu erkennen – weder bei den Leistungsunterschieden in den Grundschulen zwischen Kindern aus der Oberschicht und Mädchen und Jungen aus einfachen sozialen Verhältnissen noch bei den Modalitäten des Übergangs aus den Grundschulen in die weiterführenden Schulen, heißt es in dem Klemm-Gutachten. Gleiches gelte für die weiterführenden Schulen, also die Schulen des gegliederten Schulwesens.

In den Grundschulen sieht der Bildungsforscher bei den Leistungsabständen zwischen Kindern aus der Oberschicht und aus einfachen Verhältnissen über die zwei Jahrzehnte hinweg in den Disziplinen Lesen und Mathematik insgesamt „das Bild einer Stagnation, zum Teil aber auch das einer tendenziellen Verschärfung sozialer Ungleichheit“. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Naturwissenschaften, bei denen seit 2007 in den Grundschulen eine leichte Abschwächung der sozialen Disparität zu beobachten sei.

Beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen sind die Ergebnisse dagegen nach wie vor alles andere als ermutigend. 2001 hatte ein Grundschüler aus der Oberschicht bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und gleichen Kompetenzen in Lesen und Textverständnis eine um den Faktor 2,63 höhere Chance, eine Empfehlung für den Gymnasialbesuch zu erhalten, als ein Kind aus einfachen Verhältnissen. „Dieser Indikator sozialer Benachteiligung hat sich zwischen 2001 und 2016 kontinuierlich verstärkt: von 2,63 auf 3,37“, heißt es in der Studie. Klemm: „Dieses eklatante Ausmaß schichtenspezifischer Benachteiligung wird in seinen Auswirkungen nur sehr geringfügig dadurch abgeschwächt, dass in den vergangenen Jahren die nicht gymnasialen Schulangebote, die auch zur Erlangung der Hochschulreife führen können, ausgebaut wurden.“

In den weiterführenden Schulen zeigen die Daten aus der Zeit der ersten Jahre unmittelbar nach dem PISA-Schock laut Klemm eine leichte Abschwächung der sozialen Ungleichheiten. „Dieser Reduzierung folgt dann bis 2018 eine überwiegend durch Stagnation beziehungsweise teilweise auch durch einen Wiederanstieg geprägte Phase, in der keine Zeichen eines weiteren Abbaus von sozialer Ungleichheit zu beobachten sind“, heißt es in der Untersuchung weiter.

Unter OECD-Schnitt

Beschämendes Fazit: In Sachen Chancengleichheit landete Deutschland 2001 abgeschlagen auf dem letzten Platz. Bei der jüngsten PISA-Studie 2018 gehörte die Bundesrepublik mit Platz 33 von 36 Nationen immer noch zu den Schlusslichtern beim Thema soziale Förderung der Schülerinnen und Schüler. Für die DGB-Vize-Vorsitzende Elke Hannack sind die Ergebnisse ein erneutes Alarmsignal: „Die soziale Spaltung bleibt die offene Wunde unseres Bildungssystems.“ Die Corona-Krise werde diese Entwicklung noch verschärfen. Auch der jüngste internationale Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) widmet sich schwerpunktmäßig dem Thema Chancengleichheit in der Bildung und den äußerst geringen Berufs- und Verdienstchancen Niedrigqualifizierter in den wichtigsten Industrienationen. Während die meisten Staaten in den vergangenen Jahren jedoch den Anteil der Geringqualifizierten unter den Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren deutlich gesenkt haben, verharrt er in der Bundesrepublik weiterhin bei 13 Prozent. Zum Vergleich: In Südkorea liegt dieser Anteil inzwischen bei 2 Prozent, in der Schweiz bei 6 Prozent und in Österreich bei 11 Prozent.

Bezogen auf die Wirtschaftsleistung lagen die Bildungsinvestitionen in Deutschland nach den jüngsten OECD-Berechnungen mit 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts trotz einer Steigerung gegenüber den Vorjahren weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der Industrienationen von 4,9 Prozent. In vielen OECD-Ländern sind die Bildungsinvestitionen in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als in Deutschland.

Die GEW-Schulexpertin Anja Bensinger-Stolze sagte dazu, mit den bisher in Deutschland eingesetzten Mitteln werde es nicht gelingen, für mehr Chancengleichheit in der Bildung zu sorgen. Dies werde zum Beispiel bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich. Deren Lesekompetenz sei fast 20 Prozent geringer als bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Deshalb müssten die Länder endlich entsprechende Förderprogramme auflegen. Vordinglich sei auch eine Offensive, um mehr Lehrkräfte zu gewinnen. „Wir müssen den dramatischen Lehrkräftemangel an Grundschulen, der uns insbesondere während der Pandemie auf die Füße fällt, konsequenter als bisher bekämpfen“, fordert das GEW-Vorstandsmitglied.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

Prof. Klaus Klemm: Alle Jahre wieder – zur Konstanz sozialer Ungleichheit in und durch Deutschlands Schulen, DGB-Expertise, September 2021. www.dgb.de

Empathielos streng, fast militärisch

// Ab den 1950er-Jahren wurden in Westdeutschland geschätzt zwischen acht und zwölf Millionen Kinder auf ärztliches Anraten und auf Kosten der Krankenkassen ohne Eltern in Kindererholungsheime geschickt. Die Zustände dort waren in den ersten Jahrzehnten vielfach von Missbrauch und Gewalt geprägt. Erst allmählich wird dieses Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte aufgearbeitet. Unser Autor war eines dieser Kinder. Er verbrachte mehrere Wochen im Kinderkurheim „Nickersberg", das von dem ehemaligen NS-Funktionär Paul Bartsch betrieben wurde. //

Mit den Zuständen in den Kindererholungsheimen nach dem Krieg beschäftigt sich erstmals die Sonderpädagogin und Autorin Anja Röhl. In ihrem neuen Buch „Das Elend der Verschickungskinder"* stellt sie fest, dass es bis in die 1970er-Jahre über 1.000 solcher Einrichtungen in der alten Bundesrepublik gegeben hatte und dort zwischen acht und zwölf Millionen Kinder zeitweise untergebracht waren. Ohne ausgewiesene pädagogische Konzeption orientierten sich viele Betreuerinnen und Betreuer an den Regeln aus der Zeit des Dritten Reiches, nach denen Kinder nicht durch angeblich zu großes Verständnis und menschliche Wärme verweichlicht werden sollten. Dementsprechend war das Verhalten der Aufsichtspersonen durch „Härte, Kälte und Disziplinierung" geprägt. Einziger Gradmesser für einen erfolgreichen Aufenthalt war eine deutliche Gewichtszunahme der Kinder.

Ich selbst hatte als Kind keine guten Erfahrungen im Kinderkurheim „Nickersberg" (1950–1963) im Schwarzwald gemacht und suchte über die Tagespresse Zeitzeugen. Es meldete sich unter anderem Axel, der 1958 als Neunjähriger wegen Untergewichts dort fünf Wochen zubrachte. Er berichtet: „Wir mussten uns sofort nach dem Frühstück auf im Freien aufgestellte Bettgestelle legen und bis zum Mittagessen in der prallen Sonne liegend ausharren. Damit man nicht direkt auf den rostigen Bettgestellen lag, holte man sich vorher aus einem Schuppen eine meist mit Urinflecken versiffte, aufgeplatzte Matratze als Unterlage." Über die sanitären Verhältnisse führt er aus: „Es gab für mehrere Jungen-Gruppen nur zwei Toiletten. Oft waren sie verstopft und liefen über, so dass die Fäkalien auf dem Boden schwammen. Repariert wurden sie manchmal erst nach Tagen, sodass in der Zwischenzeit nur eine Toilette zur Verfügung stand. Da sie abends nicht mehr zugänglich waren, machten viele Kinder ins Bett. Man wurde aus-

Foto: Stadtgeschichtliches Museum/Stadtmuseum Bühl

Haus Nickersberg: Postkarte Kinderkurheim Paul Bartsch um 1959

geschimpft, dann wurde die Matratze einfach umgedreht."

Schläge und Demütigungen

Die damals sechsjährige Andrea berichtet, dass sie einmal „den Hintern versohlt bekam", weil sie den Teller nicht leer aß und sie gesehen hatte, dass andere ihr Erbrochenes wieder aufessen mussten. Außerdem durfte sie sich von den Eltern, die sie mit dem Auto gebracht hatten, nicht verabschieden. Die damals siebenjährige Toni war vor Weihnachten 1952 für sechs Wochen zur Kur. Als das von Heimweh geplagte Kind danach mit den anderen in den Bus zurück nach Berlin einsteigen wollte, teilte man ihr mit, dass sie weitere sechs Wochen bleiben müsse, weil sie an Gewicht verloren habe. Die Eltern warteten zu Hause vergeblich auf sie, sie waren nicht benachrichtigt worden.
Weitere Zeitzeugen beschreiben ähnliche Vorfälle, so dass man die Betreuung der Kinder insgesamt nur als menschenverachtend bezeichnen kann. Das Essen diente der reinen Nahrungsaufnahme und wurde von allen als ekelerregend bezeichnet. Liegekuren an der frischen Luft, Gewaltmärsche bei jedem Wetter und kaltes Duschen sollten den Körper ertüchtigen, der menschliche Umgang mit den Kindern war empathielos streng, fast militärisch. Zwei Kinder meinten sich zu erinnern, dass „Nazi-Lieder" gesungen wurden. Kranke Kinder wurden zwar in einer „Krankenbaracke" untergebracht, blieben dort aber ohne ärztliche Behandlung, eine „Tante" schaute gelegentlich nach ihnen.
Als Leiter des Heimes fungierte Paul Bartsch, von Beruf Hilfs- und Handelsschullehrer. Bei Eltern und Kindern gab er sich als der „Onkel Doktor" aus – bei den Behörden als „praktischer Psychologe", „Psychotherapeut" oder „Heimleiter". Er verschwieg seinen Lehrerberuf, auch, dass er in den 1930er-Jahren in der Berliner Psychiatrie Wuhlgarten, in der über 1.000 Patientinnen und Patienten der Euthanasie zum Opfer fielen, als Anstaltslehrer tätig war. Es wurde auch nicht bekannt, dass er bis 1940 als „Reichsfachgruppenleiter" des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und als „Mitarbeiter im Rassenpolitischen Amt der NSDAP-Reichsleitung" ein bedeutender NS-Agitator war.

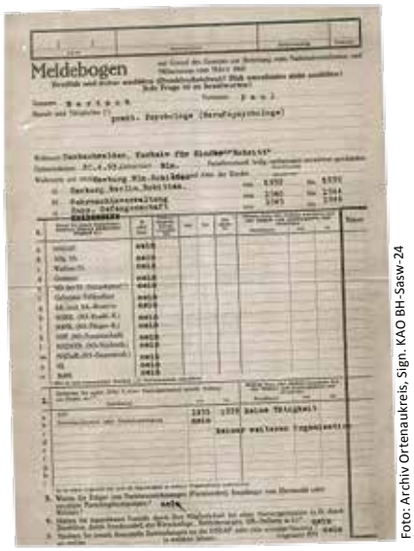


Foto: Archiv Ortenaukreis, Sign. KAO BH-Sasw-24

Meldebogen von Paul Bartsch zur „Entnazifizierung" mit der Verneinung der Mitgliedschaft in der NSDAP und anderen NS-Organisationen

Noch heute findet man in Universitätsbibliotheken seine Artikel in der Zeitschrift „Die Deutsche Sonderschule", in denen er sich für Konzentrationslager, Zwangssterilisation und Euthanasie aussprach, lange bevor diese Maßnahmen richtig anrollten. Er forderte seine Kollegen auf, die „brauchbare Schülerschaft in die Lebensformen des Dritten Reiches einzuführen" und die „unbrauchbaren dagegen rücksichtslos auszumerzen". Als Aufgaben der Sonderschullehrer sah er: „Die erbbiologische Bestandsaufnahme und Sichtung der erbkranken Bevölkerung, die Mitarbeit in den kriminalbiologischen Forschungsstellen, die Meldepflicht für die Durchführung des Sterilisationsverfahrens und die Übernahme von Propagandaaufgaben". Von Schwerkranken verlangte er den „stillen Verzicht auf Eigenglück und zukünftiges Leben".
Ab 1940 wurde es ruhig um ihn, er war als Stabsintendant in die Wehrmachtsverwaltung eingetreten, was ihm ermöglichte, nebenbei in Erziehungswissenschaft zu promovieren und damit die Voraussetzung für eine ihm zugesagte Dozentenstelle in einer Lehrerbildungsanstalt zu erfüllen. Nach dem Krieg gab er an, in den 1930er-Jahren in der Wirtschaft gearbeitet zu haben, in den 1940er-Jahren als psychologischer Berater im Kinderheim von Else Kreiter, die er später heiratete. Sie war von Beruf „Gewerbeschullehrerin" und leitete ab 1939 in Berlin ein Kinderheim, das während des Krieges zuerst nach Rokotten bei Schwerin, dann 1944 nach Heiligenstadt verlegt wurde. Nach der Heirat Anfang 1945 übernahm Bartsch dann schrittweise die Leitung des in der sowjetischen Zone gelegenen Heimes. Als aus Berlin keine Kinder mehr zugewiesen wurden, gab das Ehepaar das Heim 1949 auf und ging mit dem aus „Volksdeutschen" bestehenden Personal in den Westen. Hier eröffneten sie das „Kinderkurheim Dr. Paul Bartsch" auf dem Nickersberg. Da die 15 meist ungelernten Frauen in ihre Heimatländer im Osten nicht zurückkehren konnten und keine Alternative hatten, war von ihnen nicht zu erwarten, dass sie etwas über die Vergangenheit des Ehepaares ausplaudern würden.

Geschönte Vita

Zur Absicherung seiner neuen Identität änderte Bartsch immer wieder skrupellos persönliche Daten und besorgte sich Gefälligkeitsschreiben von Behördenvertretern. So legte er bei Bewerbungen eine Bescheinigung der Staatsanwaltschaft Berlin vor, dass gegen einen „Otto Bartsch" nichts vorliege, was akzeptiert wurde, obwohl der Vorname nicht stimmte. So wie Bartsch gab es viele ehemalige Nationalsozialisten, die sich aus Angst vor Entlarvung eine geschönte Vita zulegten und die dabei von „alten Kameraden" unterstützt wurden. Aber nicht alle waren dabei auch wirtschaftlich so erfolgreich wie Bartsch, der nach 13 Jahren Heimleitung die Einrichtung „Nickersberg" mit reichlich Gewinn an die katholische Kirche verkaufen konnte. Er erhielt eine große Summe Bargeld und eine lebenslange Pension in Anlehnung an die Beamtenbesoldung.

Anton Ottmann,
Schriftsteller und freier Journalist

Anton Ottmann: Gewitternächte in Nickersberg, das Kinderheim des Dr. Bartsch. Verlag Lindemanns, Bretten, November 2021.
Anja Röhl: Das Elend der Verschickungskinder. Psychosozial-Verlag, Gießen 2021.

„Wir haben ein Recht, gehört zu werden“

// Lange Zeit wurde Sinti und Roma in Deutschland das Recht auf Bildung verwehrt bzw. der Weg zu einer höheren Bildung erschwert. Seit einigen Jahren aber steigt der Anteil Studierender dieser Minderheit. Im März dieses Jahres gründeten die Sinti- und Roma-Studierenden schließlich ihren eigenen Studierendenverband. //

Noch nie zuvor war Radoslav Ganev als Rom in die Öffentlichkeit getreten. Er hatte es eigentlich auch gar nicht vor. Doch nun steht er am Redepult, von der Moderation angekündigt als Politikwissenschaftler, gebürtig aus Bulgarien – und ein Rom. Das war weder abgesprochen, noch hat es für die Veranstaltung eine große Relevanz. Ganev ist überrumpelt, lässt sich aber nichts anmerken, und bringt den Abend, so gut es geht, hinter sich. Danach die große Überraschung: Man begegnet ihm mit Interesse, ein junger Roma-Student kommt auf ihn zu, bedankt sich für seine Offenheit. Das war ein Wendepunkt für Ganev. Er beginnt, sich für die Interessen der Sinti und Roma einzusetzen, gründet zu diesem Zweck den Verein RomAnity in München, und ist schließlich an der Gründung des ersten Studierendenverbands der Sinti und Roma in Deutschland beteiligt – dem SVSRD.

Etwa 70.000 deutsche Sinti und Roma leben offiziell in Deutschland; mehrere Hunderttausend sind zugewandert. Wie groß ihre Zahl wirklich ist, ist schwierig zu sagen – viele verheimlichen ihre Identität. Aus Angst, den Kindern könnte ihre Herkunft zum Problem gemacht werden, prägen viele Eltern ihnen ein, sich besser nicht als Angehörige der Minderheit zu erkennen zu geben (s. Interview Seite 30 f.).

Foto: privat

Für viele gut gebildete Sinti und Roma wie Radoslav Ganev haben die Bildungsinstitutionen eine widersprüchliche Bedeutung: Einerseits erleben sie hier Ausschluss und Demütigung, andererseits erlangen sie hier das Wissen und die Sprache, die sie brauchen, um Teilhabe und Anerkennung für sich zu beanspruchen.

Studien belegen, dass sie allen Grund haben, sich Sorgen zu machen. Laut dem Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, die die Bundesregierung 2019 eingesetzt hat, kommt dem Bildungssystem für die Diskriminierungserfahrungen der Sinti und Roma – die im Laufe ihres Lebens fast alle machen – eine besondere Bedeutung zu: In der Schule werden sie das erste Mal mit rassistischen Zuschreibungen konfrontiert, hier erleben sie Beleidigungen und Gewalt durch Mitschülerinnen und -schüler sowie mangelnde Unterstützung der Lehrkräfte, hier haben sie aufgrund von Vorurteilen schlechtere Bildungschancen, und das Leid, das den Sinti und Roma im Laufe der deutschen Geschichte zugefügt wurde, wird bestenfalls am Rande thematisiert.

Unterstützung und Rat

Dennoch gelingt es immer mehr Sinti und Roma – meist auf Umwegen –, das Abitur zu machen und auf die Hochschule zu gehen. So war es auch bei Ganev, der mit neun Jahren nach Deutschland kam, dann trotz guter Noten eine Hauptschulempfehlung erhielt und sich im Anschluss zunächst die Mittlere und schließlich die Hochschulreife erarbeitete. Er schrieb sich an der Uni Bamberg für Politikwissenschaft ein und wurde damit der erste in seiner Familie, der studierte.

Für ihn, wie für viele gut gebildete Sinti und Roma, haben die Bildungsinstitutionen eine widersprüchliche Bedeutung: Einerseits erleben sie hier Ausschluss und Demütigung, andererseits erlangen sie hier das Wissen und die Sprache, die sie brauchen, um Teilhabe und Anerkennung für sich zu beanspruchen. Während ihre Eltern und Großeltern „einfach froh waren, den Krieg überlebt zu haben“, wie Ganev sagt, gehöre er zu „einer neuen Generation, die sich ihr Recht nimmt, gehört zu werden“.

Ausdruck dieses Willens, die eigene Diskriminierung nicht mehr schweigend hinzunehmen, ist auch der SVSRD, der Studierendenverband der deutschen Sinti und Roma. Offiziell gegründet wurde er am 17. März 2021, dem Jahrestag der Anerkennung des Völkermordes an den Sinti und Roma, die erst 1982 durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) erfolgte. Der SVSRD will ein Netzwerk für junge Sinti

Foto: privat

Francesco Arman ist der erste Vorsitzende des im März 2021 gegründeten Studierendenverbandes der deutschen Sinti und Roma. Der Erzieher und Student der Kulturwissenschaften erzieht seinen neunjährigen Sohn in dem Bewusstsein, „dass es richtig ist, sich offen als Sinto zu zeigen“.

und Roma sein. Sie sollen ermutigt werden, ihre Identität selbstbewusst zu leben und in ihrem Wunsch, studieren zu gehen, bestärkt werden. Während des Studiums bietet der SVSRD Unterstützung und Rat an, hilft danach auch beim Einstieg ins Berufsleben. Nicht zuletzt möchte der Verband mehr Forschung zum Thema Antiziganismus anregen.

Zum Vorsitzenden des SVSRD wurde Francesco Arman gewählt, der in seiner Schul- und Studienzeit noch nicht auf die Unterstützung zählen konnte, die er mit seinem Engagement nun anderen zukommen lassen will. „Ich hatte keinen besonders linearen Bildungsweg“, erzählt Arman, viele Bildungsinhalte habe er sich erkämpfen müssen, und nur gegen große Widerstände sei er irgendwann an die Hochschule gelangt. Erst als Erwachsener habe er angefangen, sich offen zu seiner Herkunft zu bekennen. Eine Geschichte, wie sie typisch ist für Bildungsaufsteiger aus der Minderheit der Sinti und Roma. Heute arbeitet Arman als Erzieher in Gießen und belegt Kulturwissenschaften im Fernstudium. Sein neunjähriger Sohn geht in die 4. Klasse. Arman erzieht ihn in dem Bewusstsein, „dass es richtig ist, sich offen als Sinto zu zeigen“. Gleichzeitig bereitet er ihn darauf vor, mit Vorurteilen konfrontiert zu werden, „gegen die man sich wehren muss“. Arman hofft, dass das irgendwann nicht mehr nötig sein wird: In seinen verschiedenen Rollen als Vater, Erzieher und Vorsitzender des SVSRD versucht er, das Bild der Sinti und Roma in der Öffentlichkeit und in den Köpfen der Menschen zu verändern.

Die Jugend ist mutiger

Auch Viktoria Groß, Mitglied im SVSRD und Studentin der Kindheitspädagogik, versucht, Stereotype über Sinti und Roma abzubauen. In ihrem näheren Umkreis bleibt sie aber vorsichtig, gibt ihre Herkunft nur Leuten preis, die sie schon etwas besser kennengelernt hat. Selbst dann erlebe sie noch Ablehnung; doch bei vielen konnte sie ein Hinterfragen der eigenen Vorurteile anregen. „Vor allem möchte ich die jungen Menschen erreichen, die noch offen dafür sind, Neues zu lernen“, sagt Groß. Die Jugend, das sei die Zukunft, glaubt sie.

Heterogene Minderheit

Mit dem Begriffspaar „Sinti und Roma“ versucht man, die in Deutschland lebenden Angehörigen einer äußerst heterogenen Minderheit aus ganz Europa zu fassen. Was diese Menschen über Ländergrenzen hinweg eint, ist ein geteilter Fundus an Geschichten sowie die gemeinsame Sprache Romani, die in zahlreiche Dialekte ausdifferenziert ist und deren Ursprung auf dem indischen Subkontinent liegt. Doch noch etwas anderes verbindet die Sinti und Roma: eine jahrhundertlange und bis heute andauernde Geschichte der Ausgrenzung und Verfolgung. In Deutschland besitzen die rund 70.000 Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit seit 1998 den Status einer nationalen Minderheit. J.S.

Foto: privat

Viktoria Groß spürt ein vielversprechendes gesellschaftliches Klima, das Sinti und Roma auch Bildungschancen eröffnet. Die Studentin der Kindheitspädagogik wünscht sich, dass irgendwann niemand mehr aus der Gemeinschaft der Sinti und Roma seine Herkunft als Makel empfindet.

Generell spüre sie ein vielversprechendes gesellschaftliches Klima, „der Einsatz für Minderheitenrechte ist aktuell Zeitgeist“. Auch würden immer mehr Sinti und Roma mutiger, zeigten zunehmend Präsenz in der Öffentlichkeit. Groß selbst will mit dem SVSRD ein Beispiel setzen, das andere darin bestärkt, sich zur Zugehörigkeit zu der Minderheit zu bekennen. Sie wünscht sich, dass irgendwann niemand mehr aus der Gemeinschaft der Sinti und Roma seine Herkunft als Makel empfindet.

Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin

„Wir sind hier!“

// Hamze Bytyci ist Schauspieler, Medienpädagoge sowie Sozialarbeiter und lebt in Berlin. 2012 gründete er den Verein RomaTrial e. V., der sich gegen Antiziganismus und für mehr Sichtbarkeit von Sinti und Roma in der deutschen Öffentlichkeit einsetzt. Mit E&W sprach er über sein neuestes Projekt, das Bildungsprogramm „Wir sind hier!“. //

E&W: Herr Bytyci, wer ist „wir“ und wo ist „hier“?

Hamze Bytyci: Diese Frage könnten wir uns als Gesellschaft grundsätzlich stellen – jeden Tag aufs Neue. Aber bezogen auf unser Projekt bedeutet es erst mal: „Wir“, das sind die Sinti und Roma, und „hier“, das ist Deutschland und seine Bildungsinstitutionen. Eine Studie des Georg-Eckert-Instituts hat gezeigt, dass das Thema Antiziganismus in keinem Lehrplan der 16 Bundesländer explizit genannt wird. Und auch die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma sind in der Schule kaum sichtbar. Der Ausspruch „Wir sind hier!“ richtet sich daher auch an Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen. Daran könnte sich noch die Frage anschließen: Was ist los, Deutschland?

E&W: Aus welchen Elementen besteht das Bildungsprogramm? Was sind die Ziele?

Bytyci: Grundpfeiler des Programms sind die Peer-Trainerinnen und -Trainer. Das sind junge, von Antiziganismus betroffene Menschen, die bei uns eine Ausbildung durchlaufen, die sie befähigt, die Themen Rassismus und Diskriminierung von Sinti und Roma in Workshops zu behandeln. Diese Ausbildung beinhaltet auch einen Selbstfindungsprozess für die Jugendlichen, die ihre Identität oft lange verheimlicht haben. Das Programm richtet sich also sowohl nach innen als auch nach außen.

Die Workshops sind für andere Jugendliche, aber auch für Pädagoginnen und Pädagogen gedacht. Das Ziel ist es, einen Selbstreflexionsprozess im Bildungssystem über den eigenen institutionellen Rassismus gegenüber Sinti und Roma anzuregen. Dieser hat bisher leider nicht stattgefunden. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Sinti und Roma in deutschen Schulen Diskriminierung erfährt und nur ein Bruchteil von ihnen Lehrkräfte dabei als eine Unterstützung gegen diese Benachteiligung erlebt. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung erreichen Sinti und Roma seltener das Abitur und bleiben öfter ohne Berufsausbildung. Dieses Problem muss endlich angegangen werden.

Foto: Nihad Nino Pušija

Hamze Bytyci

„Wir sind hier!“, so lautet nicht nur der Titel des fünfjährigen länderübergreifenden Bildungsprogramms gegen Antiziganismus von RomaTrial e. V., das zwischen 2020 und 2024 umgesetzt wird; so heißt auch das Theaterstück des Vereins über Verfolgung, Diskriminierung und Unterdrückung von Roma in Deutschland.

Foto: Lucia Jost

E&W: Bei dem Programm spielt auch Theater eine wichtige Rolle. Wie wird dieses Medium eingesetzt?

Bytyci: In den Workshops nutzen unsere Trainerinnen und Trainer die Methode des „Forumtheaters“, das auf dem „Theater der Unterdrückten“ nach Augusto Boal und Bárbara Santos* basiert. Im Zentrum jedes Stücks steht ein Konflikt, in dem auf der einen Seite die Unterdrücker stehen und auf der anderen die Unterdrückten. Das Publikum wird von Anfang an mit einbezogen mit dem Ziel, gemeinsam eine Lösung für das dargestellte Problem zu finden. Was kann man tun, wenn ein anderer Mensch gemobbt wird? Wie reagiert man, wenn sich eine Lehrkraft rassistisch äußert? Im Laufe des Stücks werden die verschiedenen Rollen auch mit Leuten aus dem Publikum besetzt, die sich dann in die Lage ihres Charakters hineindenken müssen. Dieser Perspektivwechsel ist ein Schlüsselelement des Forumtheaters.

E&W: Was sind die Vorteile dieser Form der Reflexion?

Bytyci: Theater ist eine gute Möglichkeit, mit Jugendlichen in Kontakt zu treten. Damit kann man die trockene Meta-Ebene umgehen und direkt zum Problem und auch zu möglichen Lösungsansätzen kommen. Anstatt einfach nur zu reden, fordert diese Art des Theaters einen dazu auf, zu handeln und zu intervenieren. Erst durch die Übernahme der Rolle eines Unterdrückten realisieren viele Menschen, wie es ist, diskriminiert zu werden, aber auch, was es heißt, Privilegien zu haben. Das könnte ein theoretischer Vortrag zu dem Thema nicht bewirken.

E&W: Der Start von „Wir sind hier!“ fiel direkt in den Beginn der Corona-Pandemie. Wie gut konnten Sie unter solchen Bedingungen arbeiten?

Bytyci: Für uns war das grundsätzlich wie für die meisten anderen auch: Homeoffice war angesagt, Besprechungen mussten erst mal digital stattfinden. Erschwerend kam aber hinzu, dass viele der jugendlichen Peer-Trainerinnen und -Trainer gar keinen Laptop oder ein Tablet besaßen und oft nicht einmal Internet hatten. Corona war also eine echte Herausforderung für uns, vor allem während der Kontaktbeschränkungen, als nur wenige Menschen in Innenräumen zusammenkommen durften. Unsere Treffen haben wir dann so oft wie möglich nach draußen verlegt. Diese Zeit war sehr anstrengend, die Arbeit an dem Projekt hat aber Spaß gemacht. Vor allem wurde uns durch die Pandemie noch deutlicher bewusst, dass es in diesem reichen Land viele arme Menschen gibt, die unter solchen Ausnahmesituationen immer mehr zu leiden haben als andere.

E&W: Welche Ziele haben Sie sich mit „Wir sind hier!“ für das nächste Jahr gesetzt?

Bytyci: Bisher liegt der Fokus unserer Arbeit in Berlin, das wollen wir aber ändern. Im nächsten Jahr möchten wir in Brandenburg und Sachsen ähnliche Gruppen aufbauen, wie wir sie in Berlin schon haben. In Brandenburg hat die AfD bei den Bundestagswahlen knapp 20, in Sachsen über 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten – unter solchen Voraussetzungen ist es nicht einfach, sich offen als Sinto oder Sintiza bzw. Rom oder Romni zu erkennen zu geben. Die größte Herausforderung wird daher sein, vor Ort Leute zu finden, die bereit sind, sich zu exponieren und sich aktiv gegen Antiziganismus zu engagieren. Das macht es aber umso wichtiger, auch dort zu sagen: „Wir sind hier!“

Interview: Joshua Schultheis, Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin

www.romatrial.org/projekte/wir-sind-hier

***Augusto Boal (1931–2006) war ein brasilianischer Theaterregisseur, Bárbara Santos ist Theaterregisseurin, Schauspielerin und künstlerische Leiterin des „Theater der Unterdrückten“ in Berlin.**

Film ab für modernen Unterricht

// An der Universität Passau können Lehramtsstudierende und Uni-Lehrende Unterricht mit audiovisuellen Medien in einem Studio üben. //

Zum Thema „Der Igel“, Sachunterricht, Grundschule, finden Lehrkräfte eine erstaunliche Vielfalt an Material: Themenhefte, Kopiervorlagen und Arbeitsblätter widmen sich der Frage, wie das Tier sommers wie winters lebt, was es frisst, wann es schläft. Synthia Müller wählte einen anderen Weg: Mit bewegten Igel-Bildern erstellte sie eine kleine Präsentation und nahm diese in ein Studio für audiovisuelle Medien an ihrer Universität mit. Vor einem grünen Vorhang stehend probierte sie aus, etwa wie sie sich am besten ins Bild setzt oder welches Sprechtempo es braucht. Schließlich erlebten die Grundschülerinnen und -schüler in ihrem Praktikum eine Fernlernstunde, in der sie sowohl Müller als auch den Igel sahen. Bis es soweit war, schaute sich die angehende Grundschullehrerin eine Reihe Varianten an. „Die Technik ist super“, sagt sie, „mit vier Kameras kann man jede Menge Perspektiven testen.“

Mehr als Technikvermittlung

Seit April betreibt das Zentrum für Lehrerbildung und Fachdidaktik (ZLF) der Universität Passau ein kleines Studio. Professionell begleitet können Studierende wie Uni-Lehrende ausprobieren, welche Audio- und Videomedien sich für ihren Zweck am besten eignen. Am Präsentationspult oder Interviewtisch, mithilfe von Kameras, Schnittprogrammen, Mikrofonen können ganz verschiedene Lernmedien entstehen: vom Erklärvideo mit Lehrkraft im Bild über eingesprochene Präsentationen bis zum Mitschnitt eines Live-Gesprächs, das in einen Podcast mündet. „Die Bandbreite reicht von kompletten Onlinekursen bis zu kurzen Lehrfilmen für den Präsenzunterricht“, erklärt Christian Müller, der als Leiter der Didaktischen Innovationslabore (DiLab) auch das ZLF-Studio aufgebaut hat.

Das Studio ist nicht das erste, mit dem die Uni Passau Lehrkräfte von morgen auf modernen Unterricht vorbereitet. Die DiLab-Labore werden bereits seit 2016 im Rahmen der Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern gefördert, ergänzt durch bayerische Landesgelder. Es gibt ein „Klassenzimmer der Zukunft“, in dem der Unterricht mit einer digitalen Tafel ebenso möglich ist wie analoges Miteinander

Foto: Tobias Bumberger/DiLab

Für den angehenden Realschullehrer Johannes Jachmann ist klar: Eine Generation, die in einer von digitaler Technik geprägten Welt aufwächst, könne nicht in einer rein analogen Schule unterrichtet werden.

in wechselnden Lerngruppen, fernab des Frontalunterrichts. Und auch ein „Lehrerzimmer der Zukunft“, mit Stillarbeitszonen, mobilen Arbeitsplätzen und Bereichen für Teamarbeit, gehört zu den Innovationslaboren.

Schon das macht deutlich: Innovation in der Lehrkräftebildung bedeutet mehr als Technikvermittlung. „Das Ziel ist eine Lehre und ein Unterricht, in die Medien sinnvoll integriert werden können“, erklärt Laborleiter Müller. Um dorthin zu kommen, das ergab eine Umfrage unter Passauer Lehramtsstudierenden, braucht es mehr als nur gute Computerkenntnisse: Die Mehrheit der Befragten schätzt die eigene digitale Kompetenz höher ein, wenn es um die private Nutzung geht als jene für den Unterricht. „Egal, wie fit ich an Computer oder Smartphone bin: Der Einsatz digitaler Lernmedien ist eine spezielle Herausforderung“, sagt Müller. Der Leiter der Innovationslabore spricht von drei „Wissensfacetten“, die es zu verschränken gilt: die fachliche, die didaktisch-pädagogische und die technisch-digitale. „Erst wenn alle drei beherrscht werden, kommt guter Unterricht dabei heraus.“

Digitale Generation

Doch wie viel Digitales muss sein? Johannes Jachmann hat darauf eine klare Antwort: „Natürlich sind alle enorm froh, wieder in der Schule zu sein“, erklärt der angehende Passauer Realschullehrer, der seine ersten Tage eines Praxisjahres an einer Schule erlebt. Dennoch überraschte sogar ihn, der im ZLF-Studio als studentische Hilfskraft arbeitet, wie selbstverständlich die Schülerinnen (an seiner Realschule lernen nur Mädchen) digital arbeiten. „Als sie gestern aus einem Text die wichtigsten Punkte herausarbeiten sollten, haben viele direkt in ihr Tablet geschrieben; eine Schülerin setzte sogar ein Mindmap-Programm ein.“ Jachmanns Fazit: „Eine so digitale Generation können wir nicht in einer rein analogen Schule unterrichten.“

Doch gilt das bereits für Grundschüler, muss der Igel wirklich virtuell umherlaufen? Die angehenden Lehrerin Müller findet, gerade dort sei das begleitete Heranführen an eine selbstverständlich digitalisierte Welt wichtig. „Das hat auch etwas mit Medienkompetenz zu tun“, erklärt sie, „je früher Kinder ein Bewusstsein dafür entwickeln, was zuverlässige Quellen sind, desto besser.“ Das Kunststück guten Unterrichts, sagt sie, bestehe darin, „eine gute Balance zwischen dem Digitalen und dem haptischen Gefühl, einen Stift festzuhalten“, herzustellen.

Die Realität in den Schulen, die sie als Praktikantin kennenlernte, erlebt sie demgegenüber als wechselhaft. „Vieles hängt von der Ausstattung ab: Gibt es WLAN, digitale Whiteboards, Fort- und Weiterbildung? Die Lage ist da doch noch sehr unterschiedlich.“ (S. Seite 34 f.) Jachmann hat an seiner jetzigen Schule Glück: „Die Ausstattung ist super.“ Im Lehrerzimmer fand er ein oft gehörtes Klischee ebenfalls nicht bestätigt: „Ich habe noch keine Kollegen oder Kolleginnen getroffen, die gesagt haben: Ich mache hier nur das, was ich vor 30 Jahren gelernt habe.“

Tatsächlich steht das ZLF-Studio auch den Lehrkräften einiger kooperierender Schulen offen, die sich bei der Erstellung digitaler Lernmedien begleiten lassen wollen. Den Unterschied zwischen seinem Job als studentische Hilfskraft in dem Studio und dem Lernen zu Hause mit einem YouTube-Tutorial, erlebt Jachmann als groß: „Jenseits der technischen Fragen sind die meisten doch erst einmal unsicher, wenn sie sich vor der Kamera sehen und die eigene Stimme hören. Wir bieten auch so etwas wie einen Safe Space, in dem man sich ausprobieren kann.“

Die schlechte Nachricht: Den Bedarf in Passau, geschweige denn in Bayern, kann ein einzelnes Studio nicht decken. „Im Grunde ist toll für uns, dass wir es haben – und schade für alle anderen, die es nicht haben“, konstatiert Synthia Müller trocken. Sie findet: „Eigentlich müsste jede Universität so etwas einrichten.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

www.dilab.uni-passau.de/labore-im-ueberblick/zlf-studio

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Eine Kluft mit Folgen

// Mit der Corona-Pandemie gab es zwar einen Technikschub, die digitalen Unterschiede zwischen Schulen sind jedoch groß. Das verstärkt die ohnehin ungleichen Chancen von Kindern und Jugendlichen. Lehrkräfte machen derweil noch mehr Überstunden, wie eine Studie der GEW zeigt. //

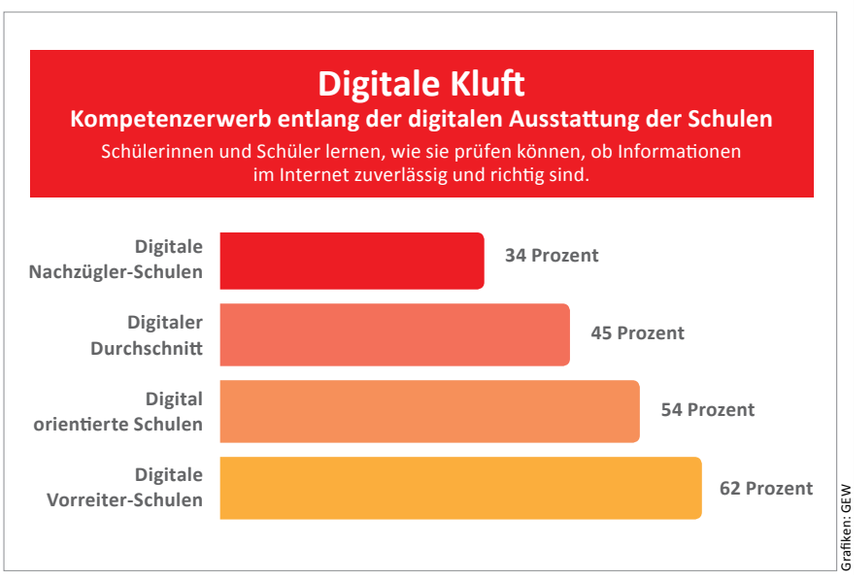
Die digitale Spaltung zwischen Deutschlands Schulen ist so groß, dass sich die Chancenungleichheit von Schülerinnen und Schülern ohne Gegensteuern weiter verschlechtern wird. Zudem hinkt ein pädagogisch durchdachter Einsatz digitaler Technik und Medien im Unterricht nach wie vor vielerorts hinterher. Laut der repräsentativen Studie „Digitalisierung im Schulsystem 2021“* gelten nur 12 Prozent der Schulen als digitale Vorreiter. Die meisten – 33 Prozent – fallen in die Kategorie digitale Nachzügler. 29 Prozent sind digitaler Durchschnitt, 26 Prozent digital orientiert.

Studienleiter Frank Mußmann und Co-Autor Thomas Hardwig von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen nennen die Unterschiede zwischen den Schulen mit Blick auf Infrastruktur und Unterricht „gewaltig“. Die Kluft sei „besorgniserregend“, weil sowohl Lernende als auch Lehrende nur mit praxistauglicher Technik und einer digitalen Schulstrategie die erforderlichen Medienkompetenzen entwickeln könnten.

Besonders groß sind die Unterschiede bei den Räumlichkeiten der Schulen: Laut Studie arbeiten an Vorreiter-Schulen 72 Prozent der Lehrkräfte in einer Umgebung, die digitales Lehren und Lernen unterstützt, an den Nachzügler-Schulen sind es nur 5 Prozent. Zugang zum Internet für den Unterricht haben 94 Prozent der Lehrkräfte an Vorreiter-Schulen, aber nur 37 Prozent an Nachzügler-Schulen.

Und während 87 Prozent der Pädagoginnen und Pädagogen an Vorreiter-Schulen digitale Geräte für den Unterricht zur Verfügung haben, sind es bei den Nachzüglern nur 29 Prozent. Mit Blick auf die digitalen Geräte für Schülerinnen und Schüler liegt das Verhältnis bei 89 zu 40 Prozent.

Eine Folge dieser Ungleichheiten zeigt sich beispielsweise, wenn es darum geht, Fake News zu erkennen. An Vorreiter-Schulen gaben 62 Prozent der Lehrkräfte an, ihre Schülerinnen und Schüler lernten, wie sie Informationen im Internet prüfen können. An den Nachzügler-Schulen sind es dagegen nur 34 Prozent.



Lehrkräfte werden derweil sehr unterschiedlich unterstützt: An Vorreiter-Schulen können sich 90 Prozent an einer digitalen Schulstrategie orientieren, an Nachzügler-Schulen sind es nur 37 Prozent. Dabei zeigt die Studie auch: An Schulen, die sich aktiv mit der Digitalisierung beschäftigen, erleben Pädagoginnen und Pädagogen weniger digitalen Stress.

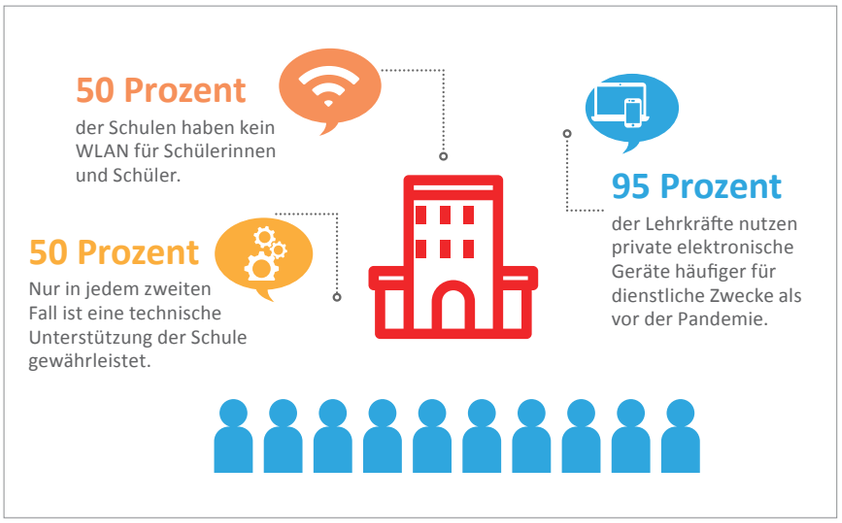
KMK-Ziel nicht erreicht

Zwar stellten die Wissenschaftler einen pandemiebedingten Digitalisierungsschub an allen Schulen fest, etwa eine bessere digitale Infrastruktur, mehr schuleigene Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie eine häufigere Nutzung digitaler Medien für den Unterricht. Das 2016 in der Digitalstrategie der Kultusministerkonferenz (KMK) formulierte Ziel – eine digitale Lernumgebung für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Jahr 2021 – sei in den meisten Schulen aber bis heute nicht erreicht.

Nach wie vor wenig verbreitet seien anspruchsvollere Lern- und Lehrformate. So nutzt nur eine Minderheit von 13 Prozent der Lehrkräfte öfter kollaborative Lernformen, bei denen die Lernenden in Gruppen zusammenarbeiten. Nur bei 10 Prozent der Befragten gehören digitale Klassenarbeiten und Tests zum Schulalltag. 32 Prozent der Pädagoginnen und Pädagogen geraten beim Einsatz digitaler Medien und Techniken an ihre Grenzen, weil sie nicht entsprechend ausgebildet wurden.

Mehr Fortbildungen – vor allem schulintern – gibt es erst seit der Pandemie, und auch hier haben die Vorreiter-Schulen die Nase vorn: 92 Prozent der Lehrkräfte dort sagten, sie würden von ihrer Schulleitung unterstützt, Erfahrungen zum digitalen Lehren und Lernen auszutauschen. An Nachzügler-Schulen waren dies 49 Prozent. Der Austausch im Kollegium gilt indes als am effizientesten: 86 Prozent gaben zu Protokoll, sie lernten vor allem von anderen Lehrkräften an der eigenen Schule.

Unterm Strich steht unterdessen mit Blick auf die Arbeitsbedingungen für



alle Lehrerinnen und Lehrer ein Minus, weil sich ihr Pensum durch die pandemiebedingte Digitalisierung weiter erhöhte. Deren wöchentliche Arbeitszeit stieg laut Studie um rund 30 bis 60 Minuten. „Von einem Viertel sehr stark belasteter Lehrkräfte wird sogar die gesetzliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche überschritten“, sagt Mußmann.

Einen erhöhten Arbeitsaufwand durch den digitalen Fernunterricht gaben mit 90 Prozent fast alle Lehrerinnen und Lehrer an. 75 Prozent sind auch in der Freizeit ständig in Kontakt mit ihrer Arbeit. Die Wissenschaftler warnen, Lehrkräfte mit sehr geringem digitalen Stress hätten einen Burnout-Wert von 38, Lehrkräfte mit sehr starkem hingegen von 63.

Arbeitspolitische Empfehlungen

Am Ende ihrer rund 250 Seiten langen Analyse geben die Experten „arbeitspolitische Empfehlungen“. Schulleitungen müssten demnach gezielt Schulentwicklungsprozesse vorantreiben. Die bisherigen Erfahrungen mit dem digitalen Lehren und Lernen müssten ausgewertet und systematisch weiterentwickelt werden. Das selbstgesteuerte Lernen von Lehrkräften und der Austausch des Kollegiums müssten gefördert werden. Um für all das zeitliche Spielräume zu haben, brauche es unter anderem eine Reduktion der Pflichtstunden und den Wegfall von Zusatzaufgaben.

GEW-Schulexpertin Anja Bensinger-Stolze fordert eine Strategie- und Qualitätsoffensive für Medienkompetenz an Schulen. Dazu benötigten Schulen mehr Zeit und mehr Fachkräfte. An einigen Schulen sei der Technikstress so hoch, dass die Entwicklung digitaler Kompetenzen untergehe. Lehrkräfte dürften nicht mit zusätzlichen IT-Aufgaben belastet werden, sagt Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. Die Digitalpaktmittel für IT-Administratorinnen und -Administratoren müssten endlich an den Schulen ankommen.

Bensinger-Stolze betont zudem: „Die digitale Spaltung zwischen Vorreiter- und Nachzügler-Schulen muss überwunden werden.“ Ungleiche Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler könnten die soziale Spaltung in der Gesellschaft vertiefen. „Medienkompetenz ist ein wesentlicher Schlüssel zu politischer, kultureller und gleichberechtigter Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft“, fügt Becker hinzu. Studienleiter Mußmann verweist darauf, aus anderen Studien wisse man, dass soziale Unterschiede durch eine entsprechende Digitalstrategie verringert werden könnten. Der Wissenschaftler plädiert darüber hinaus für mehr Forschung: „Im Moment ist weitgehend unklar, was die digitale Spaltung verursacht“ und warum manche Schulen erfolgreicher seien und andere weit hinterherhinkten, heißt es im Abschlussbericht. Ungleiche Rahmenbedingungen und schulinterne Haltungen zur Digitalisierung könnten eine Rolle spielen, aber auch praktische Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer digitalen Schulstrategie oder fehlende Förderprogramme. Diese Zusammenhänge seien aufzuklären, um künftig konkretere Handlungsempfehlungen zu geben.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Für die bundesweit repräsentative Studie „Digitalisierung im Schulsystem 2021. Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Rahmenbedingungen und Perspektiven von Lehrkräften in Deutschland“ wurden im Januar und Februar 2021 insgesamt 2.750 Lehrkräfte der Sekundarstufen I und II in allen Bundesländern befragt. Die Analyse fiel mitten in die Corona-Pandemie, so dass der parallele Digitalisierungsschub mituntersucht werden konnte. Erste Ergebnisse sind im Juni vorgestellt worden (s. E&W 7-8/2021, Seite 34 f.). Die Max-Traeger-Stiftung der GEW und die BGAG-Stiftung Walter Hesselbach haben die Untersuchung gefördert
***www.gew.de/studie-digi-gesamt2021-pdf**

Arbeitsbelastung

25 Prozent
der Lehrkräfte arbeiteten in der Pandemie durchschnittlich mehr als 48 Stunden pro Woche und überschritten damit die gesetzliche Höchstarbeitszeit.

90 Prozent
der Lehrkräfte hatten einen erhöhten Arbeitsaufwand beim Homeschooling/Fernunterricht.

Klimaschutz im Unterricht

// Spätestens mit Fridays for Future ist das Thema Klimakrise in den Schulen angekommen. Aber wie lassen sich die komplexen Zusammenhänge dieses Themenfelds möglichst nachhaltig im Klassenraum aufgreifen? Das neu gegründete KlimaBildungs-Zentrum in Bremerhaven hat sich zum Ziel gesetzt, Lehrkräften im Rahmen von Fortbildungen zusätzliche Kompetenzen zu vermitteln. //

Fotos: Anne-Katrin Wehrmann

Während der Fortbildungsreihe entwickeln die Teilnehmenden Ideen für Projekte zur klimaschutzfreundlichen Umgestaltung ihrer jeweiligen Schule und konkreten Umsetzung von Klimathemen im Unterricht.

„Die größte Angst habe ich vor einer nicht ernst genommenen Klimakrise und deren Folgen für die Welt." So lautet eine der Aussagen aus einer Zukunftswerkstatt, die die Deutsche Klimastiftung kürzlich mit Schülerinnen und Schülern aus vier Bundesländern in Bremerhaven durchgeführt hat. Eine andere: „Ich habe Angst, dass wir das 1,5-Grad-Ziel nicht einhalten und daher die Klimakrise durch Überschreiten von Kipppunkten völlig außer Kontrolle gerät. Konkret habe ich Angst, dass in der Folge Menschen sterben und es Kriege und Unruhen durch Nahrungs- und Wasserknappheit und Naturkatastrophen gibt." Allein diese beiden Ausführungen zeigen eindringlich, welche Gedanken sich viele Kinder und Jugendliche inzwischen über die Klimakrise machen. „Wenn ich höre, wie groß da manche Befürchtungen sind, bekomme ich immer eine Gänsehaut", sagt Christina Kowalczyk, Bildungsreferentin im gerade entstehenden KlimaBildungs-Zentrum der Deutschen Klimastiftung.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2009 hat es sich die Stiftung zur Aufgabe gemacht, mittels Veranstaltungen und Bildungsprojekten im In- und Ausland Handlungsoptionen für eine nachhaltige Entwicklung und insbesondere für den Klimaschutz anschaulich darzustellen – und damit Menschen aller Altersgruppen zu einer zukunftsfähigen Lebensweise zu animieren. Das KlimaBildungsZentrum ist das neueste Projekt in dieser Reihe. „Im Rahmen unserer bisherigen Arbeit haben wir festgestellt, dass Klimabildung an den Schulen noch viel zu wenig stattfindet und breiter aufgestellt werden muss, um die junge Generation auf die epochalen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte vorzubereiten", erläutert Gudrun Spahn-Skrotzki, Leiterin des KlimaBildungsZentrums. „Wir haben deswegen ein Fortbildungsangebot entwickelt, das Lehrkräfte und andere Bildungsschaffende befähigen soll, das Wissen und die Kompetenzen für nachhaltige Entwicklung selbst zu erwerben und weiterzugeben." Bei der Erarbeitung der Inhalte habe es einen engen Austausch mit Schulleitungen und Lehrkräften gegeben. Auch die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler aus der Zukunftswerkstatt seien aufgenommen worden.

Dreiteilige Fortbildungsreihe

Im Ergebnis ist eine erste Fortbildungsreihe entstanden, die Klimabildung in drei jeweils halbtägigen Modulen vermittelt. Während es im ersten Modul

Lehrerin Neele Schultz ist davon überzeugt, dass Klimabildung multiprofessionell erfolgen und schon in der Kita anfangen sollte.

um grundlegende Fakten rund um die Klimakrise sowie mögliche Handlungsoptionen geht, stehen im zweiten die Auswirkungen von Konsumverhalten und Lebensstil des globalen Nordens auf die Mitwelt und für kommende Generationen im Fokus. In Modul drei entwickeln die Teilnehmenden schließlich Ideen für Projekte zur klimaschutzfreundlichen Umgestaltung ihrer jeweiligen Schule und konkreten Umsetzung von Klimathemen sowohl im Fachunterricht als auch jenseits davon. Perspektivisch soll es darüber hinaus auch Angebote für Studierende sowie Lehrkräfte im Referendariat geben. „Und darüber hinaus ist es wichtig, das haben uns die Schülerinnen und Schüler bestätigt, gezielt auch Schulleitungen fortzubilden“, berichtet Spahn-Skrotzki, „denn von ihnen hängt letztlich ganz viel ab.“

Schule neu denken

In einem Vorab-Workshop mit Lehrkräften aus dem Raum Bremen und Bremerhaven waren die Teilnehmenden Ende September aufgefordert, über Klimabildung zu diskutieren und in Arbeitsgruppen Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Dabei wurde deutlich, dass die Wünsche und Ideen der Lehrenden in weiten Teilen mit dem übereinstimmen, was die Schülerinnen und Schüler zuvor in der Zukunftswerkstatt erarbeitet hatten. Wesentliche Aspekte, die beide Gruppen unabhängig voneinander formulierten, waren: Die Schulen selbst müssen nachhaltiger werden, zum Beispiel mit Blick auf das Mensaessen, klimafreundliche Klassenfahrten, Energiesparmaßnahmen oder Müllvermeidung. Schülerinnen und Schüler müssen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt bekommen, wie sie auch im Kleinen nachhaltig agieren und Selbstwirksamkeit erfahren können. Das Thema Klimaschutz muss strukturell im Schulalltag verankert werden – am besten als übergeordnete, fächerübergreifende Leitlinie für alle Schulfächer. Und: Wenn sich wirklich etwas verändern soll, muss Schule neu gedacht werden. „Dafür gilt es, Strukturen aufzubrechen“, fasste Kowalczyk als Moderatorin des Lehrkräfte-Workshops zusammen. „Das bedeutet unter anderem: weg vom Frontalunterricht, hin zu neuen Lehr- und Lernformen.“

Dem stimmte Teilnehmerin Neele Schultz, die an der Grundschule Neuhaus an der Oste/Niedersachsen unterrichtet, voll und ganz zu. „Wir erleben, dass unsere Schülerinnen und Schüler total begeisterungsfähig sind, wenn sie zum Beispiel wie neulich zusammen mit einem Musikpädagogen einen Podcast zur Vermeidung und Reduzierung von Lebensmittelverschwendung gestalten oder für den Verzicht auf PET-Flaschen eine Auszeichnung erhalten“, berichtete sie im Anschluss an den Workshop. An ihrer Schule gebe es bereits viele kleine und größere Projekte zu diesem Themenbereich. „Da haben die Kinder oft Aha-Erlebnisse – und das Schöne ist, dass sie die dann auch nach außen tragen zu ihren Eltern und Freunden.“ Die Pädagogin ist davon überzeugt, dass Klimabildung multiprofessionell erfolgen und schon in der Kita anfangen sollte. Das neue Angebot des KlimaBildungsZentrums findet sie daher gut und wichtig: „Klimaschutz muss viel stärker verankert werden, und damit müssen wir jetzt dringend anfangen.“

Das KlimaBildungsZentrum beginnt im November und Dezember mit einem ersten Durchlauf der dreiteiligen Fortbildungsreihe. Die weiteren geplanten Angebote sollen dann ab Anfang kommenden Jahres folgen. Bei Bedarf können einzelne Module auch komprimiert und angepasst werden. „Wir sind offen für Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet“, macht Leiterin Spahn-Skrotzki deutlich. Für interessierte Kollegien aus anderen Bundesländern sei es auch denkbar, die Fortbildungen direkt an der jeweiligen Schule durchzuführen.

Anne-Katrin Wehrmann,
freie Journalistin

Nothilfe ist gut –
Vorsorge ist besser

Wie entstehen Erdbeben und Wirbelstürme? Welche Rolle spielt dabei der Klimawandel? Und wie können sich Menschen in bedrohten Regionen auf Katastrophen vorbereiten? Lernen Sie unser kostenloses Unterrichtsmaterial zu Katastrophenvorsorge kennen unter **www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/schulmaterial**

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

Im Labyrinth der Bürokratie

// Ausländische Studierende, heißt es immer wieder, sind an den Hochschulen sehr willkommen – schon allein wegen des Fachkräftemangels in Deutschland. Doch in der Praxis sieht es oft anders aus, wie der immer noch schwelende sogenannte Sperrkonten-Skandal zeigt. //

Ende Juni standen Hunderte ausländische Studierende plötzlich mittellos da. Der Sperrkonten-Anbieter BAM – Bundesweites Anlagenmanagement UG (haftungsbeschränkt) –, dem sie Tausende Euro anvertraut hatten, zahlte die monatliche Rate einfach nicht aus. Viele gerieten in existenzielle Not, konnten Miete und Krankenversicherung nicht zahlen. Die Finanzaufsicht BaFin schaltete sich ein. Doch bei Redaktionsschluss der E&W Anfang Oktober war der Skandal noch immer nicht vollständig aufgearbeitet. Vielmehr gibt es Hinweise, dass noch weitere Anbieter unzulässige Geschäfte tätigen. „Es bahnt sich schon die nächste Katastrophe an", sagt Fabian de Planque, Finanzexperte des Bundesverbands ausländischer Studierender (BAS), gegenüber E&W.

Um zu verstehen, was passiert ist, muss man zunächst einen Blick auf die Situation ausländischer Studierender werfen. „Ihre Zahl wächst seit Jahren beständig", sagt Michael Flacke vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). „Sie sind sehr willkommen." Viele kommen aus China, Indien und dem Nahen Osten. Besonders häufig studieren sie Ingenieurwissenschaften oder andere technische Fächer. Wenn sie nach dem Studium in Deutschland bleiben, sind sie – gerade angesichts des Fachkräftemangels – begehrte Arbeitskräfte, gut ausgebildet und mit Land und Sprache vertraut. Die jüngste Erhebung des DAAD kommt aktuell auf 325.000 internationale Studierende. Knapp 78 Prozent davon, rund 253.000, stammen nicht aus der Europäischen Union (EU), den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) Norwegen, Island und Liechtenstein sowie der Schweiz.

Allerdings wird es dieser größten Gruppe unter den ausländischen Studierenden nicht gerade leicht gemacht. Um ein Studienvisum zu erhalten, sei ein „Riesenaufwand" nötig, beklagt der BAS. Studienwillige müssen sich mit Formularen in schwer verständlichem Deutsch herumschlagen. Auf einen Termin für einen Visumsantrag in der deutschen Botschaft warten sie teilweise sehr lange. Und dann ist da noch das Finanzielle.

Studiengebühren gibt es zwar auch für internationale Studierende nicht (Ausnahmen sind Baden-Württemberg, wo sie seit vier Jahren 1.500 Euro pro Semester zahlen müssen, und Sachsen, hier können Hochschulen optional Gebühren erheben). Eine Menge Geld müssen sie dennoch mitbringen – zum „Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts", also um zu belegen, dass sie ihr Studium selber finanzieren können. „Der Nachweis ist für viele eine der größten Hürden, um in Deutschland studieren zu können", sagt Matthias Anbuhl, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW).

Hoher bürokratischer Aufwand

Der Nachweis kann auf unterschiedliche Weise erbracht werden. Man kann eine Bescheinigung über ein Stipendium vorlegen. Oder eine notariell beglaubigte Erklärung der Eltern plus Nachweis über deren Einkommen. Oder eine Verpflichtungserklärung von jemand mit Wohnsitz in Deutschland, dass er oder sie die Kosten übernimmt. Oder man richtet ein Sperrkonto ein – was die meisten tun.

Auch hier ist der bürokratische Aufwand beträchtlich. Man muss sich einen Sperrkonten-Anbieter suchen und gut 10.000 Euro für ein Jahr hinterlegen. Die Summe errechnet sich aus dem BAföG-Höchstsatz von derzeit 861 Euro pro Monat; vor zwei Jahren lag dieser noch bei 720 Euro. Viele sparen sich das Geld zusammen oder nehmen einen Kredit auf. Nach der Einreise in Deutschland zahlt der Anbieter das Geld in Monatstranchen aus. Nach Ablauf des Jahres muss bei der Ausländerbehörde das Visum verlängert und wieder ein Finanzierungsnachweis erbracht werden.

Bei so vielen Nachweisen von Solidität, die ausländischen Studierenden abverlangt werden, ist eigentlich zu erwarten, dass sich auch die deutschen Behörden solide verhalten und die Sperrkonten-Anbieter überprüfen und kontrollieren. Doch das ist in der Regel nicht der Fall. Jeder kann als Anbieter mitmischen und mit den Servicegebühren, die Studierende zahlen müssen, ein Geschäft machen. Ohne Prüfung und Kontrolle haben unseriöse Anbieter leichtes Spiel. Wie der Anbieter BAM. Er legte das

Unseriöse Geschäfte eines Anbieters haben Hunderte Studierende aus Nicht-EU-Ländern in Deutschland in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Der Anbieter zahlte die monatlichen Tranchen nicht aus.

Foto: IMAGO/Eibner

Geld der Studierenden nicht auf deren Namen an, sondern auf einem eigenen Konto. Das aber ist ein „Einlagengeschäft“, das nur Banken erlaubt ist. Die BaFin ordnete im Juli daher die sofortige Einstellung des Geschäfts an. Das meiste Geld ist laut BAS inzwischen rückerstattet, jedoch nicht vollständig.
Dass sich viele ausländische Studierende für BAM entschieden, lag nicht bloß an den scheinbar besonders günstigen Konditionen. Der Anbieter verlangte nur einmalig 60 Euro Gebühren; bei der Deutschen Bank etwa sind es 150 Euro plus monatlich 6,90 Euro. Wichtig war auch die Anbieterliste des Auswärtigen Amtes, an der die Studierenden sich orientierten. Dort war auch BAM aufgeführt. Dass die Gelisteten nicht kontrolliert wurden, war nicht zu erkennen. Das Amt hat die Liste mittlerweile von seiner Website genommen, um sie zu überarbeiten, weist aber jede Verantwortung von sich. „Wir haben ja dazugeschrieben, dass die Liste keine Empfehlung ist“, sagt eine Sprecherin auf Nachfrage. Der Fall BAM sei ein bedauerlicher Einzelfall.

Sozial ungerecht

Das könnte sich als Irrtum erweisen. Nach BAS-Informationen führt auch ein weiterer Anbieter die Konten offenbar auf ähnliche Weise wie BAM nicht im Namen der Studierenden und würde somit ebenfalls unzulässige Geschäfte betreiben. Der Verband hat sich zur Klärung bereits an die BaFin gewandt.
Um künftig Missbrauch zu verhindern, fordert BAS-Geschäftsführer Johannes Glembek mehr Kontrollen – und eine grundsätzliche Neuausrichtung der bisherigen Praxis. „Ausländische Studierende können sowieso keine Transferleistungen beziehen“, gibt er zu bedenken. „Also könnte man den Finanzierungsnachweis gleich ganz abschaffen.“
Das sieht auch die GEW so. „Die Pflicht zur Einrichtung eines Sperrkontos ist demütigend und sozial ungerecht“, sagt Vorstandsmitglied Andreas Keller. Seine Forderung: „Wer einen Studienplatz an einer Hochschule in Deutschland hat, sollte gefördert werden, unabhängig von Herkunft und Staatsangehörigkeit.“

Verena Kern,
freie Journalistin und stellvertretende Chefredakteurin des Online-Magazins klimareporter°

Fairness statt Schläge

// Schule ohne körperliche Strafe – das ist Ziel der Bildungsinternationale (BI) und der GEW-Stiftung fair childhood. Doch dafür muss vielerorts erst die Gesellschaft umdenken. Die weltweit agierende Stiftung hilft den Menschen dabei, wie Beispiele aus Malawi und Simbabwe zeigen. //

Mal fängt der Junge eine Ohrfeige, mal muss das Mädchen mit einem schweren Stein in beiden Händen eine Stunde in der prallen Sonne stehen – noch immer kommt es in vielen Teilen der Welt vor, dass Schülerinnen und Schüler von Lehrkräften körperlich bestraft werden. Laut dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF hat bislang eines von drei Ländern Schläge im Klassenzimmer nicht verboten. Die Weltbank veröffentlichte Ende April eine Analyse, nach der im französischsprachigen Teil Afrikas jede dritte Lehrkraft einräumt, mitunter gegen ein Kind die Hand zu erheben. In Lateinamerika und der Karibik leidet jedes zweite Kind unter körperlicher Gewalt an Schulen. Und auch in den USA ist körperliche Züchtigung in öffentlichen Schulen in 19 der 50 Einzelstaaten legal. „Weltweit lebt nur jedes zehnte Kind in einem Land, das es per Gesetz vor Gewalt durch Erwachsene schützt“, so UNICEF – also vor Gewalt von Lehrkräften, Eltern, Arbeitgebern. Die Folgen sind gravierend: „Wer geschlagen wird, wird auch psychisch und in seiner Würde verletzt“, sagt Angelina Lunga aus Simbabwe. „Diese Kinder sind oft traumatisiert, fühlen sich minderwertig – und häufig fördert Gewalt der Lehrkräfte unsoziales Verhalten des Kindes noch“, so die Weiterbildungsbeauftragte der simbabwischen Bildungsgewerkschaft ZIMTA.

Kurse für Lehrkräfte

Außerdem sind Schläge ein massives Lernhindernis. Viele Betroffene lernen aus Angst vor Gewalt schlechter oder kommen deswegen gar nicht mehr zum Unterricht. Sie landen oft in Kinderarbeit – bleiben damit arm und meist auch weiterhin Gewalt ausgesetzt.
„Körperliche Gewalt an Schulen ist nicht nur unwirksam, sie schadet auch massiv der Entwicklung der Lernenden und

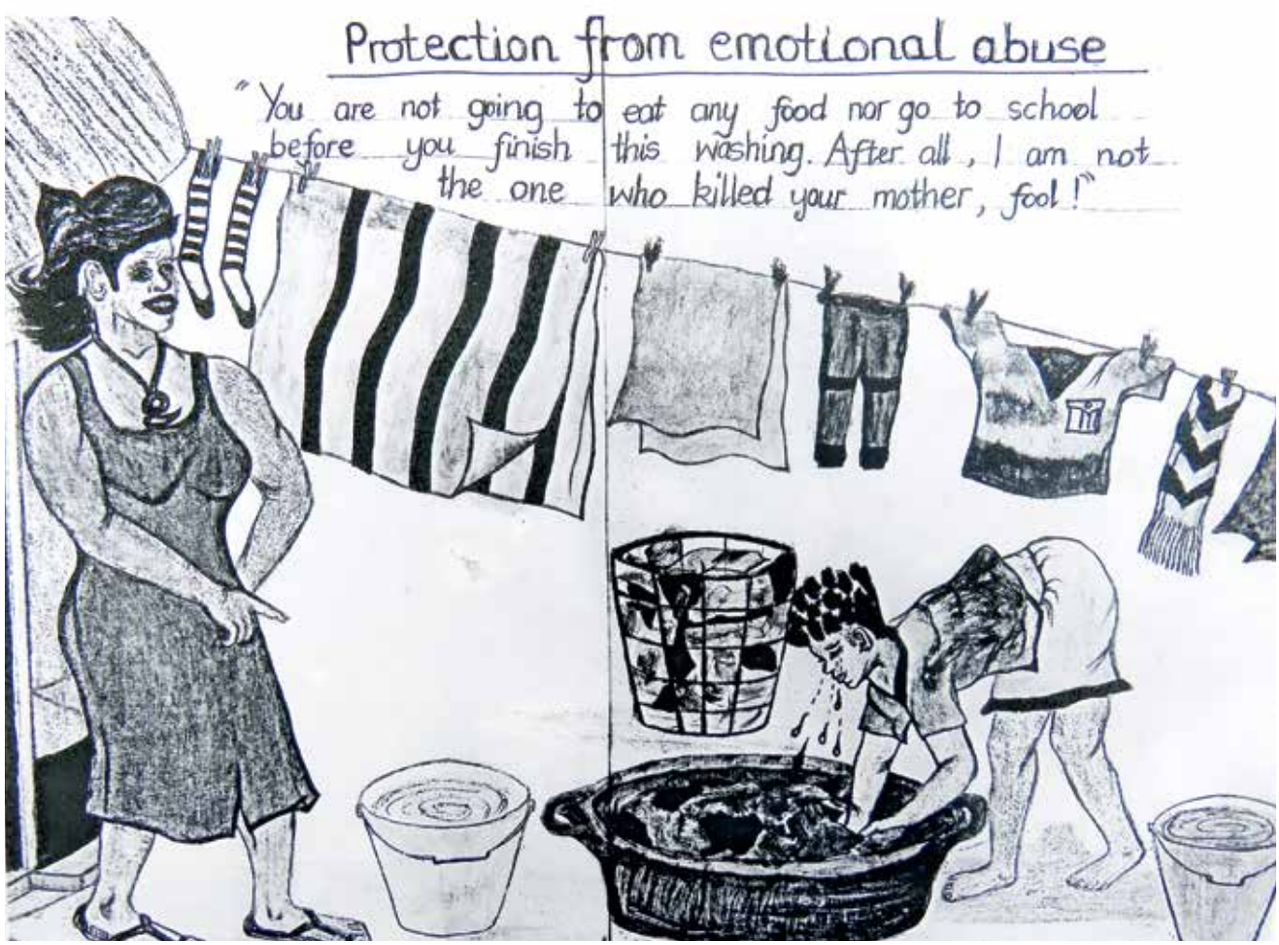


Foto: Jersey primary school pupils (Manicaland province)

In Simbabwe sensibilisiert die Bildungsgewerkschaft PTUZ Lehrkräfte in Workshops für das Thema Gewalt gegen Kinder. Die Pädagoginnen und Pädagogen sollen die Schülerinnen und Schüler ermutigen, Gewalt anzuprangern, wenn sie ausgeübt wird. Nicht nur jene in Schulen, sondern auch die Gewalt, der sie zu Hause ausgesetzt sind.

zerstört die Beziehung zwischen Lernenden und Erziehenden“, steht in der Resolution, die die BI auf ihrem achten Weltkongress im Juli 2019 in Bangkok, der Hauptstadt Thailands, verabschiedet hat. Körperliche Bestrafung müsse per Gesetz und in der Praxis verboten werden, forderten die Teilnehmenden.

Doch ein Verbot per Gesetz reicht nicht. In vielen Ländern müssten auch Lehrkräfte ihre Einstellungen ändern, sagt Pilirani Kamaliza aus Malawi, er koordiniert für die dortige Bildungsgewerkschaft TUM Kurse für Lehrerinnen und Lehrer: „Manche von ihnen haben noch Vorbehalte gegenüber unseren modernen und gewaltfreien Methoden.“ Viele Jahrzehnte galt weltweit: Lehrkräfte sind Autoritätspersonen – mit denselben Rechten wie Eltern, die Kinder zu disziplinieren, wenn diese Regeln nicht befolgen.

„Noch immer glauben manche Lehrkräfte, es brauche eine harte Hand, sonst würden sie ihre Autorität verlieren“, sagt Kamaliza. Sie handelten nach dem Motto: Wer lärmt, widerspricht oder um sich schlägt, kann so schnell wieder zur Räson gebracht werden und am Unterricht teilnehmen, bevor er oder sie ganz „ausrastet“ oder Mitschülerinnen bzw. Mitschüler ansteckt. „Einige Lehrkräfte nutzen auch die Schwäche des Kindes aus oder lassen an ihm einfach ihre Wut und ihren Frust aus“, fügt er hinzu. Oder ihre eigene Hilflosigkeit gegenüber den Störern auf der Schulbank oder im Schulhof. Deswegen sei das Gewaltverbot „nur der erste Schritt – man muss den betroffenen Lehrkräften auch zeigen, wie sie mit lärmenden oder selbst prügelnden Kindern in ihrer Klasse umgehen können“.

Hier setzen die Trainings an, die die GEW über die Stiftung fair childhood in vielen Ländern und in allen ihren „kinderarbeitsfreien Zonen“ unterstützt: Lehrerinnen und Lehrer lernen in den Kursen gewaltfreie Alternativen, um Störungen und Spannungen abzubauen oder sogar zu verhindern. „Kinder sollen sich an Schulen willkommen und sicher fühlen“, sagt Kursleiter Kamaliza. Den Lehrkräften werden in den Workshops alternative Verhaltens- und Kommunikationstechniken vermittelt; im Fokus stehen Werte wie Empathie, gegenseitiger Respekt, Fairness. Reflektiert wird auch das eigene Verhalten gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Seine Gewerkschaft TUM lehrt als Mittel der positiven Disziplinierung etwa, auf das aggressive oder störende Kind zuzugehen. Es zu fragen: Warum machst du das? „Wird ein Kind wirklich mal dazu verdonnert, den Boden zu wischen, den es vorher mutwillig verschmutzt hat, dann muss es das in der Freizeit erledigen – es soll nämlich keine Minute des Unterrichts verpassen.“ Manchmal – als Ultima Ratio – dürfe ein extrem störendes Kind auch aus dem Unterricht geschickt werden – „bevor der Rest der Klasse darunter leidet“.

Präventive Techniken

In Simbabwe vereinbaren Lehrkräfte gemeinsame Ziele: „Indem sie am Vormittag Klassenregeln diskutieren und aufstellen, erfahren beide Seiten von den Wünschen und Erwartungen des anderen“, sagt Gewerkschafterin Lunga. „Wir bekommen immer wieder die Rückmeldung, dass Lehrkräfte die Kinder danach mit anderen Augen betrachten.“ Den Erziehenden werden zudem präventive Techniken vermittelt. „Die Lehrkräfte merken: Es braucht gar keine harten Strafen mehr, weil die Lage erst gar nicht mehr eskaliert“, bestätigt Hillary Yuba. Sie steuert für die simbabwische Bildungsgewerkschaft PTUZ Projekte gegen Kinderarbeit.

Und sie bringt das Thema Kinderrechte in die Workshops. Lehrkräfte sollen ihre Schülerinnen und Schüler ermutigen, Gewalt anzuprangern, wenn sie ausgeübt wird. Nicht nur jene in Schulen, sondern auch die Gewalt, der sie zu Hause ausgesetzt sind. „Etliche Eltern finden es ja normal, zuzuschlagen“, sagt Yuba. „Mit diesen sprechen wir dann.“ Und auch mit Arbeitgebern, denn in Simbabwe und Malawi müssen viele Minderjährige als Hausmädchen, auf Tee- oder Tabakfeldern oder in Minen arbeiten – und auch dort wird oft geschlagen. „Sie alle müssen sensibilisiert werden, damit die Gewalt gegen Kinder endlich aufhört“, sagt Yuba. Das erfordere oft ein Umdenken ganzer Gesellschaften – dies sei eine der größten Aufgaben für die Bildung.

Martina Hahn,
freie Journalistin

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München.

Ja, ich möchte mehr über *fair childhood* erfahren. Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 11/2021

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

„Ich misstraue meiner Fantasie“

// Der Heinrich-Wolgast-Preis der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) 2021 geht für seinen Roman „Sturm“ an Christoph Scheuring. Im E&W-Interview erklärt der Journalist und Autor, warum Naturschutz und Sozialkritik für ihn zusammengehören und der derzeitige Klimaschutz die Natur zerstöre. //

E&W: Ihr Buch über Klimawandel, Massentierhaltung und eine junge Frau, die sich radikal für Tierschutz engagiert, ist von drastischer Anschaulichkeit. Zum Beispiel Ihre Schilderung eines Schlachthofbesuchs. Waren Sie selbst schon einmal dort?

Christoph Scheuring: Ja, und der Moment des Todes hat mir damals den Atem genommen. Die Frage, an welchem Punkt hört das Leben auf und an welchem fängt der Tod an, lässt mich seitdem nicht mehr los.

E&W: Brauchen Sie das Eintauchen in die Realität, um zu schreiben?

Scheuring: Wenn ich über etwas schreiben will, muss ich es gesehen haben. Ich misstraue meiner Fantasie. Ich habe auch nicht so viel Talent, mir Sachen auszudenken. Letztlich glaube ich, dass es ohnehin unmöglich ist, etwas völlig Neues zu schaffen. Wir reproduzieren mehr oder weniger immer das, was wir in irgendeiner Form erlebt haben. Eine Geschichte, die ich nicht richtig gut recherchiert habe, bleibt flach. Erst die Wirklichkeit macht ein Buch lebendig.

E&W: Sie sind Journalist. Kommen die Inspirationen für Ihren Roman aus Ihren Recherchen?

Scheuring: Das ist die eine Wurzel. Ich war als Reporter im Schlachthof, ich war mit Schwertfischfischern in Kanada unterwegs, ich habe auf einem Frachtsegler mit straffällig gewordenen Jugendlichen einen Sturm erlebt, der so ähnlich war wie der im Buch.

E&W: Und die zweite Wurzel für Ihre Geschichten ...?

Scheuring: ... ist bei „Sturm“ mein Verhältnis zur Natur. Mit zehn Jahren habe ich mit dem Angeln angefangen. Oft habe ich mich schon morgens vor der Schule mit meiner Angel aus dem Haus geschlichen. Draußen am Wasser habe ich mich wirklich lebendig und mit der Natur verbunden gefühlt. Aber das führte am Ende zu einem Dilemma: Je mehr ich geangelt habe, desto mehr habe ich die Natur geliebt. Und je mehr ich die Natur geliebt habe, desto weniger konnte ich angeln. Mit welchem Recht töte ich das, was ich doch eigentlich liebe?

E&W: Diese Frage hat Sie nicht mehr losgelassen?

Scheuring: Genau, diesen Widerspruch halte ich immer weniger aus. „Sturm“ ist auch der Versuch, bei diesem Thema für mich selbst Licht ins Dunkel zu bringen.

E&W: Essen Sie heute noch Fleisch?

Scheuring: Zumindest habe ich mit dem Angeln aufgehört. Manchmal esse ich noch Fleisch. Aber nichts Tierisches mehr aus industrieller Produktion, auch keine Eier und keine Milch.

E&W: Nennen Sie „Sturm“ deshalb auch Ihren „persönlichsten Roman“?

Scheuring: Unser Verhältnis zur Natur ist mein großes Lebensthema. Und dass wir Menschen gerade dabei sind, die Natur, wie wir sie kennen, für immer zu zerstören, ist mein persönliches, ganz großes Unglück.

E&W: Warum haben Sie kein Buch für Erwachsene geschrieben?

Scheuring: Ich finde, meinen Roman können auch Erwachsene sehr gut lesen. An Jugendlichen mag ich, dass sie noch einen anderen, unmittelbareren Zugang zur Literatur haben. Jugendlichen geht es nicht um irgendwelche literarischen Kategorien. Außerdem sind die großen Themen der Jugendlichen auch die meiner Bücher: die große, alles umblasende Liebe, Gerechtigkeit, das Graben nach Wahrheit in einer verlogenen, erwachsenen Welt. Wenn es mir gelingt, junge Menschen mit meiner Geschichte mitzureißen, ist es ein gutes Buch. Wenn nicht, habe ich versagt.

E&W: Was möchten Sie bei den jungen Leserinnen und Lesern mit „Sturm“ erreichen?

Scheuring: Ich bin überzeugt, dass der Mensch nur das wirklich schützt, was er liebt. Das ist in jeder Kultur dieser Welt so. Wenn ich will, dass wir Menschen die Natur schützen, muss ich es schaffen, dass wir die Natur wieder

Foto: Jutta Lang

Alle zwei Jahre zeichnet die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) Kinder- und Jugendbücher aus, die sich mit der Darstellung der Arbeitswelt auseinandersetzen. Christoph Scheuring, Preisträger 2021, stellt in seinem Roman „Sturm“ den Naturschutz in den Mittelpunkt.

lieben. Das fehlt mir sogar bei Bewegungen wie Fridays for Future, die zum Großteil von einer städtischen Kultur geprägt sind. Sie wollen einseitig das Klima retten und dabei auch in Kauf nehmen, dass die Natur zerstört wird. Genau wie die Grünen. Aus meiner Sicht hat diese Partei die Natur brutaler zerstört als jede andere politische Organisation in den vergangenen 20 Jahren.

E&W: Das müssen Sie erklären.

Scheuring: Zum Beispiel haben die Grünen vor 20 Jahren dafür gesorgt, dass sich überall Biogasanlagen etabliert haben. Mittlerweile bedecken Maisfelder knapp ein Viertel aller landwirtschaftlichen Flächen. Für die Natur sind Maisfelder eine Katastrophe: Überdüngung, Erosion, Bodenverdichtung, ein nie gekanntes Artensterben. Ähnlich verheerend sind jetzt die hektargroßen Solarfelder, mit denen wir die Natur zupflastern. Oder die Windräder, die wir in die Wälder rammen. Zurzeit betreiben wir Klimaschutz, indem wir die Natur zerstören. Wenn wir die Natur liebten, würden wir das nicht tun.

E&W: Sie belassen es in Ihrem Buch nicht beim Blick auf die Natur, sondern thematisieren auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Arbeitsbedingungen zum Beispiel. Warum?

Scheuring: Weil das alles zusammengehört. Wenn ich die Natur liebe, muss ich so vieles in unserer Gesellschaft infrage stellen. Industrielles Schlachten, Ausbeutung in der Arbeitswelt, die Art, wie wir wirtschaften, unseren Konsum, unsere Art zu leben und unser Verhältnis zum Tod. Meine Hauptfigur Nora kommt aus einer Alkoholikerfamilie. Das hat in diesem Buch nicht nur dramaturgische Gründe. Es ist auch ein Bild. Wir Menschen verhalten uns wie Süchtige. Wir alle wissen, dass wir so nicht weitermachen können. Mit dem Ressourcenverbrauch, dem Wachstum, dem Artensterben. Aber wie ein Alkoholiker zucken wir mit den Schultern: „Ich weiß, dass mich das tötet und mache trotzdem weiter."

E&W: Auch in „Sturm" wird nicht einfach wieder alles gut.

Scheuring: Naja, es ist schon ein Happy End. Aber kein klassisches wie im Märchen, sondern eher ein Bekenntnis zu sich selbst. Auch wenn dieses Selbst nicht immer den hetero-normativen Idealen entspricht.

E&W: Wenn Sie sich wünschen könnten, was Jugendliche nach der Lektüre Ihres Buches tun, wäre das …

Scheuring: … dass sie sich ans Wasser setzen oder auf einen Berg und spüren, wie schön ein Sonnenuntergang ist. Oder dass sie sich im Sturm ans Meer stellen und sich umblasen lassen und fühlen, wie lebendig man sich dabei fühlt. Dreimal lebendiger als mit 1.000 anderen Menschen vor der Mona Lisa im Louvre, zum Beispiel.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

Christoph Scheuring: Sturm.
Magellan Verlag, Bamberg 2020, 304 S.

Streiter für Gerechtigkeit

// Die GEW hat am 20. September einen bedeutenden Wegbegleiter, Mitstreiter und Berater verloren: Ulrich Jung ist im Alter von 80 Jahren verstorben. //

Foto: Charles Yunck

Ulrich Jung auf der GEW-Herbstakademie 2019 in Frankfurt am Main

Bereits als Zwanzigjähriger wurde er Mitglied der GEW. Die Erwachsenenbildung hat Ulrichs Leben geprägt und er die Erwachsenenbildung. Er war wesentlich beteiligt an der Gestaltung und Formulierung des Weiterbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (NRW), das 1974 in Kraft trat und in dem die Weiterbildung als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrieben wurde – eine seltene Errungenschaft in der Bundesrepublik. Auch das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW trägt seine Handschrift als damaliger Leiter der Planungskommission.

Den Bundesfachgruppenausschuss Erwachsenenbildung der GEW leitete er 31 Jahre von 1978 bis 2009, anschließend blieb er aktives Mitglied. So hat er noch bis zu diesem Sommer an der Vorbereitung der von ihm geprägten GEW-Herbstakademie mitgewirkt. Ein Meilenstein war für Ulrich gesetzt, als der GEW-Gewerkschaftstag 1993 den Vorstandsbereich „Berufliche Bildung und Weiterbildung" etablierte und somit auch in diesem Bereich den Weg von der Lehrerinnen- und Lehrergewerkschaft hin zur Bildungsgewerkschaft aufnahm. Die gewählten Vorstandsmitglieder aus diesem Bereich hat Ulrich mit seiner Expertise stets mit Rat und Tat unterstützt.

Ulrichs pädagogisches Credo zeigte sich in seinem Festhalten am Bildungsbegriff gegenüber der einseitigen Betonung von Kompetenz und Qualifikation. Bildung war für ihn Selbstentfaltung, Selbstreflexion und Emanzipation. In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass Ulrich selbst in diesem Sinne gebildet war, denn er war nicht nur versiert in der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte, sondern als Mensch und Kollege eine mitfühlende, solidarische und für Gerechtigkeit streitende Persönlichkeit.

Unvergessen bleibt seine Rolle als Gesprächsleiter bei der zum Ritual gewordenen Podiumsdiskussion zum Abschluss der Herbstakademien, wobei Ulrich jede und jeden mit seinem Gedächtnis über Daten und Fakten politischer Entwicklungen sowie Kenntnissen historischer wie aktueller fachwissenschaftlicher Diskurse in Staunen versetzen konnte. Mit ihm geht „das" Gedächtnis der Erwachsenenbildung der GEW und hinterlässt eine große Lücke.

Ralf Becker,
GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung
Ansgar Klinger,
ehemaliges GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung

Angst vor Jobverlust

// „Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) – wie weiter?“: Mit dieser Frage befasste sich die GEW-Herbstakademie 2021 in Kooperation mit der FernUniversität Hagen. Die GEW fordert ein Weiterbildungsgesetz. //

Ziel der NWS ist, die Beschäftigten – einschließlich der Menschen, die nur eingeschränkt lesen und schreiben können – auf den digitalen Wandel vorzubereiten. Beteiligt sind Bundesministerien, Bundesagentur für Arbeit, Kultusministerkonferenz, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Im Juni wurde der Abschlussbericht präsentiert.

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, verwies während der Herbstakademie auf gewerkschaftliche Erfolge. „Die Verknüpfung von Kurzarbeitergeld und Weiterbildung ist Realität geworden“, lobte sie. Erreicht habe man zudem „die Ausbildung von Betriebsräten zu Weiterbildungsmentorinnen und -mentoren“. Nicht durchsetzbar war unter anderem „ein generelles Mitbestimmungsrecht der betrieblichen Interessenvertretung bei Weiterbildung“. Dieter Nittel, Gastprofessor an der FernUniversität Hagen, kritisierte unsichere Arbeitsverhältnisse und niedrige Honorare in Teilen der Weiterbildungsbranche. Problem sei: „Die Betroffenen erheben nicht ihre Stimme.“ Tagungsmoderator Bent Paulsen stimmte zu: „Der Organisationsgrad ist erschreckend niedrig.“ Eine Teilnehmerin, die in Integrationskursen für Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten unterrichtet, bestätigte: „Viele haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren.“ Das gelte vor allem für freiberufliche Dozentinnen und Dozenten mit Migrationshintergrund.

Niedrige Weiterbildungsquote

Anja Meierkord, Ökonomin bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), referierte zur aktuellen Studie „Die deutsche Weiterbildungslandschaft im internationalen Vergleich“ ihrer Organisation. Laut der Unterschuchung hinkt Deutschland bei der Weiterbildungsbeteiligung hinterher.

Hierzulande beteiligten sich lediglich 52 Prozent der Erwachsenen pro Jahr an einer Weiterbildung. In der Schweiz seien es knapp 70 Prozent, in den Niederlanden „mehr als 60 Prozent“. Besonders niedrig sei die Quote in Deutschland bei den gering Qualifizierten: unter 20 Prozent. Meierkord bezeichnete die deutsche Weiterbildungslandschaft als „sehr fragmentiert“. Rund 18.000 private und öffentliche Träger, viele unterschiedliche Interessen, erfasst von zahlreichen Gesetzen auf Bundes- und Länderebene.

Meierkord plädierte für „Mindeststandards für Weiterbildungsanbieter“ und empfahl „das Schließen von Finanzierungslücken“. Ein bundesweites Weiterbildungsgesetz könne helfen, „die Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens zu etablieren“.

Zum Abschluss der Tagung forderte Birke Bull-Bischoff von den Linken: Die Grundbildung zugunsten von Menschen mit geringen Schreib- und Lesekenntnissen müsse „weg vom Katzentisch, ins Zentrum der Aufmerksamkeit“. Astrid Mannes von der CDU/CSU betonte, dass Grundbildung die Zielgruppe bislang zu wenig erreiche. Sie widersprach der Forderung nach mehr Festanstellung in Integrationskursen: „Eine gewisse Flexibilität brauchen wir.“ Ulrike Bahr, SPD, erklärte: Politische Bildung sei „das A und O für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe“. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen, plädierte für mehr Mitbestimmungsrechte in den Betrieben bei der Weiterbildung. Jens Brandenburg, FDP, sah mit Blick auf die anderen Parteien „große Schnittmengen, um die Weiterbildungsberatung auszubauen“.

Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung, mahnte ein bundesweites Weiterbildungsgesetz an. Er forderte, die NWS weiterzuentwickeln: „Es fehlen nach wie vor institutionelle, finanzielle, zeitliche und organisatorische Voraussetzungen für gutes Lehren und Lernen in der Weiterbildung.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Foto: Oliver Schaper

Reiner Hohn

(E&W 7-8/2021, Seite 26 f.: „Berufserfahrung wird nicht gewürdigt“ und Seite 28: „Man hängt total in der Luft“)

Mit großem Interesse habe ich den Artikel zur Anerkennung von Lehramtsabschlüssen aus dem Ausland gelesen. Uns betrifft dieser Fall direkt: Wir wohnen in Stockholm, mein Freund ist in Schweden ausgebildet und unterrichtet seit nunmehr sieben Jahren. Vor zwei Jahren hat er einen Antrag auf Anerkennung seiner Ausbildung in Deutschland gestellt, der abgelehnt wurde. Deutsch spricht er fließend, hat einen entsprechenden Sprachtest beim Goethe-Institut abgelegt, und er verfügt auch über eine Ausbildung in mehreren Fächern.

Die Ablehnungsgründe lesen sich für mich als reiner Hohn, zum Beispiel sei die Referendarzeit meines Freundes nicht lang genug im Vergleich zu einer deutschen Ausbildung gewesen. Es wurde auch infrage gestellt, ob er 100 Prozent arbeitet, da seine Chefin dies nicht in ihrem Arbeitszeugnis angegeben habe. Ich schäme mich für dieses Gutachten und für die Art, wie er behandelt wird.

Mein Freund hat ein sehr breites Allgemeinwissen, was er nur zu gern weitergibt. Er spricht fließend Englisch, natürlich Schwedisch und Deutsch, auch etwas Französisch. Er hat nie die Chance bekommen, sich persönlich vorzustellen. Das Gutachten beruht nur auf den eingesandten Dokumenten. Ich sehe hier in Schweden, wie einfach es Ausländern gemacht wird, Fuß zu fassen – auch mir selbst als in Deutschland ausgebildeter Volkswirtin – und zu welchen Mehrwerten dies führen kann.

Linda Neis, Stockholm

Klimakrise statt Klimawandel

(E&W 9/2021, Schwerpunktthema: „Klimawandel – was Kita, Schule und Uni dagegen tun können“)

Vielen Dank für die Wahl des Themenschwerpunkts „Klimawandel“. Eine solche Schwerpunktsetzung ist wichtig

und richtig. Trotzdem möchte ich folgendes kritisch kommentieren. Der Titel hätte meines Erachtens besser „Klimakrise“ heißen müssen. Klimawandel verharmlost die Situation, in der wir uns befinden, als einen fast neutralen, allmählichen Prozess. Da die E&W aber auf die Dramatik der Situation und die Größe der Herausforderung aufmerksam machen wollte, wäre ein drastischerer Begriff angebracht gewesen. Außerdem suggeriert die Bezeichnung „Klimawandel“, dass hier ein Prozess ohne das konkrete Zutun Handelnder abläuft. Demgegenüber aber hat der letzte Bericht des Weltklimarats IPCC noch einmal unumstößlich klar gemacht, dass wir in einer menschengemachten Krise stecken. Also: Mut zu einem aufrüttelnden Titel! Die Artikel zeigen, dass Veränderungen möglich sind und machen Mut, sich auf den Weg dahin zu begeben. Dann allerdings passiert, was ich so oft beobachte: Obwohl wir es besser wissen, machen wir beim Klima an allen möglichen Stellen faule Kompromisse. Im Artikel „Einfach mehr grün“ schlägt die Autorin Verena Kern vor, auf Klassenfahrten zu entfernten Zielen zu verzichten, um sich das klimaschädliche Fliegen zu sparen. Dann aber finden sich mehr als 30 Seiten Werbung für zum Teil klimaschädliche Klassenfahrten. Beworben werden unter anderem Klassenfahrten per Flugzeug nach Berlin, Amsterdam, Prag oder Rom. Sicherlich wird jetzt der eine oder andere entgegnen, dass die Klassenfahrten laut Eigenauskunft der werbenden Firma klimaneutral sind. Dann sind sie aber unter dem Strich (und das nur, wenn die CO_2-Kompensation tatsächlich funktioniert) allerhöchstens ein Nullsummenspiel, wir brauchen jedoch CO_2-Einsparungen. Ich wünsche mir, dass die E&W zukünftig auf Werbung für klimaschädliche Klassenfahrten verzichtet.

Julia Wenzel, Halle

Anm. d. Red.: Die Klassenfahrten nach Berlin, Amsterdam, Prag und Rom – ebenso wie in andere Städte – werden auch per Bahn und Bus angeboten.

Falsche Lösungen

Erst wenn der letzte Fluss zum Wasserkraftwerk aufgestaut, der letzte Acker mit Biogasmais zugepflastert wurde, der letzte Geysir zum Geothermiekraftwerk gemacht und damit zerstört, der letzte methanrülpsende Wiederkäuer zum Teufel gejagt wurde und die Ozeane mit Offshorewindparks überzogen wurden, wird der Mensch sehen, dass „nachhaltige“ Technik die Folgen einer stetig wachsenden Weltbevölkerung nicht abwenden kann.
Wir drehen an der falschen Schraube.

Volker Kowarsch, Bremen

Eigentor der E&W

Die GEW handelt widersprüchlich, wenn sie ein ganzes E&W-Heft zum Klimawandel herausgibt und in der gleichen Ausgabe Werbung für Flugreisen verbreitet. Das ist ein klares Eigentor! Man könnte es auch schizophren nennen. Gleiches kam übrigens vor zwei Jahren schon vor: links die Unterstützung für Fridays for Future und rechts gegenüber die Werbung für Reisen mit dem Flugzeug!
Übrigens können Flugreisen nicht „klimaneutral“ sein, weil das CO_2 direkt in die Luft geht, die Ausgleichsmaßnahmen jedoch mit vielen Jahren Verzögerung stattfinden – wenn überhaupt!
Ich fordere die GEW auf, Werbung für Flugreisen in ihren Medien zu unterlassen (die GEW hat die Macht dazu), denn nur dann handelt sie wirklich glaubwürdig und zeitgemäß!

Felix Schneyinck, Kirchzarten

Falsche Partnerin

(E&W 9/2021, Seite 40 f.: „Ein permanenter Kampf“)

Kinder gehen in Nicaragua schlecht bezahlter Erwerbsarbeit nach, statt die Schule zu besuchen. Die Armut im Land zwingt sie, ihren Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten. Die GEW-Stiftung fair childhood fördert Projekte der nicaraguanischen Lehrer/-innen-Gewerkschaft ANDEN gegen Kinderarbeit. Es stellt sich dabei allerdings die Frage, ob die Gewerkschaft ANDEN die richtige Partnerin in Nicaragua ist. Den regierenden Sandinisten mit dem Präsidentenpaar Daniel Ortega und Rosario Murillo ist es nicht gelungen, die Armut im Land spürbar zu verringern. Sie betreiben seit langem eine Politik der Selbstbereicherung, der Vetternwirtschaft, des Klientelismus.
Nicaragua entwickelt sich zur Diktatur. Im Jahr 2018 wurden zivile Proteste mit äußerster Brutalität niedergeschlagen, mehr als 350 Todesopfer waren zu beklagen, einige Zehntausend Menschen flohen ins Exil. Die Opposition und die regierungskritische Presse sind heute fast mundtot gemacht. Im Juli dieses Jahres hat das Regime dafür gesorgt, dass 24 zivilgesellschaftliche Organisationen ihren rechtlichen Status verlieren, Teile ihres Eigentums wurden beschlagnahmt. Die renommierte Menschenrechtsorganisation CENIDH wurde bereits 2019 verboten. Im November stehen die Präsidentenwahlen an, vorsorglich wurden Oppositionsparteien illegalisiert und Präsidentschaftskandidaten reihenweise inhaftiert. Jüngst konnte sich der Schriftsteller Sergio Ramírez, Träger des bedeutendsten Literaturpreises der spanischsprachigen Welt, des Premio Cervantes, nur durch Flucht nach Costa Rica der drohenden Verhaftung entziehen. Ramírez war pikanterweise Vizepräsident des Landes in der ersten Ortega-Regierung der 1980er-Jahre, trennte sich dann von den Sandinisten. Was hat das alles nun mit ANDEN und der Kooperation der GEW mit ANDEN zu tun? Die Gewerkschaft ANDEN steht in unverbrüchlicher Treue hinter Ortega/Murillo. ANDEN ist Handlanger einer diktatorischen Politik. Da stellt sich die Frage, wie lange noch will die GEW eine derartige Organisation unterstützen? Dieser Partner hat sich für die GEW eindeutig disqualifiziert.

Albrecht Sylla, Hösbach

Anm. d. Red.: Die Bildungsinternationale (BI) und die Gremien der GEW-Stiftung fair childhood verfolgen die Entwicklung in Nicaragua genau und werten diese regelmäßig aus. Außer dem zeitlich befristeten Projekt zur Kinderarbeit betreibt fair childhood derzeit keine bilaterale Zusammenarbeit oder Projekte mit ANDEN. Das Projekt gegen Kinderarbeit ist die Ausnahme, >>>

>>> weil ANDEN in diesem Bereich sehr engagiert ist und die GEW bzw. fair childhood ein gemeinsames Ziel bei der Bekämpfung von Kinderarbeit verfolgen.

Uneinsichtige Minderheit

(E&W 9/2021, Mitgliederforum Seite 44: „Solidarität mit Minderheiten!“)

Alexandra Gottwalds Leserbrief unter der Überschrift „Solidarität mit Minderheiten!“ habe ich kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen und möchte gerne wie folgt antworten: Bis Anfang 1976 war die Impfung gegen Pocken Pflicht. Seit 1980 gelten die Pocken weltweit als ausgerottet. Im Jahre 2019 hat Deutschland bei Masern eine Impfpflicht für bestimmte Gruppen eingeführt. Will man dauerhaft hinnehmen, dass diejenigen, die nicht geimpft werden können, etwa kleine Kinder und Menschen mit geschwächtem Immunsystem, gefährdet werden, weil sich zu viele Menschen, unter denen nicht wenige Ignoranten sind, einer Impfung verweigern?

Sollen Gesellschaft und Wirtschaft auf unabsehbare Zeit durch immer neue Corona-Wellen schwer geschädigt werden? Ist es hinnehmbar, dass die Mehrheit der Vernünftigen durch eine uneinsichtige Minderheit daran gehindert wird, in ein normales Leben zurückzukehren? Der Staat hat die Aufgabe, die Gesundheit der Bürger zu schützen. Und er hat das Recht, dafür alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu kann, als Ultima Ratio, auch eine Impfpflicht gehören! Schon der englische Philosoph Thomas Hobbes forderte im 17. Jahrhundert, dass der Einzelne durch den Staat geschützt werden müsse!

Ulrich Bald, Hagen

Generisches Maskulinum

(E&W 10/2021, Seite 32 f.: „Ein Stück Heimischkeit“)

Das Suffix -im in dem hebräischen Wort „Studentim“ zeigt den maskulinen Plural an und damit hier das generische Maskulinum. Das Suffix für den femininen Plural lautet -ot. Folglich ist es nicht wirklich korrekt, in vorauseilendem Gehorsam „Studentim“ mit dem deutschen Wort „Studierende“ wiederzugeben. Wir sollten uns nicht nur an Kritikerinnen der Verunstaltung von Sprache wie Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Herta Müller sowie Kabarettistin und Schriftstellerin Elke Heidenreich ein Beispiel nehmen, sondern auch an dieser kleinen aber feinen jüdischen studentischen Gruppe in Berlin. Das Erlernen anderer Sprachen könnte nicht nur zu gegenseitigem besserem Verständnis beitragen, sondern auch den Verstand schärfen.

Hermann Forkl, Stuttgart

Billige Formel

(E&W 10/2021, Seite 42 f.: „Geprägt durch den Antikommunismus“)

Der Kollege und Autor Hans-Peter de Lorent ist, wie wir lesen können, in den 1970er-Jahren ein Kind seiner Zeit. Heute ist er ein anderes Kind seiner Zeit, wenn er den Antikommunisten, den ehemaligen GEW-Vorsitzenden Erich Frister, ein Kind seiner Zeit nennt. Diese billige Formel taugt dazu, Dummheiten und Schlimmeres zu rechtfertigen oder auch dem Wendehals etwas Futter zu geben. Gab und gibt es doch immer Kinder, die ihrer Zeit widerstanden, sich ihr entzogen, ihre Zeit kritisierten. Frister gehörte nicht dazu. Ich habe ihn 1973 in Nürnberg gehört, als er den Landesvorsitzenden Kurt Gemählich, der die bayerische GEW von Kommunisten unterwandert wähnte, mit einer Rede verteidigte, die den Saal in Eiseskälte tauchte. Gemählich trat aus, Frister blieb leider noch länger. Ein Jahr später hatte ich Berufsverbot, weil ich mich bei studentischen Wahlen mit kommunistischen Kollegen zu einer Liste „Gewerkschaftliche Orientierung“ zusammengetan hatte.

Kollege de Lorent macht sich einen Namen als Haushistoriker der GEW. Was für eine Zeit!? Dazu der Gelehrte Faust: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt/Das ist im Grund der Herren eigner Geist/In dem die Zeiten sich bespiegeln/Da ist’s denn wahrlich oft ein Jammer!“

Peter Weiß, Weiden

Krasse Grenzüberschreitung

(E&W 10/2021, Mitgliederforum Seite 44: „Wagenburgmentalität“)

In der E&W haben Sie den Leserbrief von Rudi Klemm abgedruckt. Er beschreibt dort, dass er die Kritiker:innen des Artikels von Andrea Röpke kontaktiert habe, dass keine:r von ihnen einen Fehler in dem Artikel benennen konnte und ordnet sie ein, wo sie seiner Einschätzung nach im „Coronamaßnahmen-kritischen Spektrum“ stehen.

Da trauen sich Menschen mit Minderheitenmeinungen Leserbriefe mit Klarnamen und Ortsangaben abdrucken zu lassen. Nicht nur, dass Herr Klemm zu ihnen ungefragt Kontakt aufgenommen hat, nein, er veröffentlicht nun auch – ich vermute mal ungefragt – das Ergebnis seiner Gespräche und Briefwechsel. Das ist eine krasse Grenzüberschreitung. Ich muss sagen, dass ich ziemlich entsetzt bin, dass die E&W diesen Brief so abgedruckt hat.

Abgesehen davon hatte keine:r der Leserbriefschreiber:innen Frau Röpke Recherche-Fehler vorgeworfen. Wir alle haben aber die unrichtige Metabotschaft maßnahmenkritisch = rechts (außen) und irrational kritisiert und dieser Kritikpunkt bleibt auch weiterhin bestehen und lässt sich anhand zahlreicher Beispiele belegen. Tipp: Am besten sich selbst ein Bild davon machen.

Nina Emmerich, Düren

Bitte mehr solcher Karikaturen

(E&W 10/2021, Mitgliederforum Seite 46: „Diffamierende Karikatur“)

Doch, das IST witzig! Mehr als witzig sogar – aber eigentlich eher zum Weinen! Da beklagt sich die Kollegin Karin Platzer doch tatsächlich, dass der Karikaturist Thomas Plaßmann ihr offenbar heiß geliebtes, zu ihrem „Privatleben“ gehörendes und daher mit Zähnen und Klauen verteidigtes Schrecklich Ueberflüssiges Vehikel auf seine spitze Feder genommen hat. Immer wieder gehen solche ZeitgenossInnen hoch wie Raketen, wenn sie auf ihr Statussymbol angesprochen werden. Aber: Als LehrerIn ist man Vorbild (auch ein Thema in der E&W 10/2021), immer und zu jeder Zeit, ob „privat“ oder in der Schule – zu meiner Zeit (Pension 2018, auch 39 Dienstjahre) gab‘s da sowieso keinen Unterschied. Wenn man aber so vorlebt und damit zeigt, dass einem die Um-

welt, das Klima, die nächste Generation etc. völlig wurschtpiepegal ist, dann hat das natürlich un- und mittelbar Auswirkung auch auf die Arbeitshaltung der SchülerInnen.
Weniger Egoismus, mehr Bescheidenheit täte sicherlich jedem gut, und meine Meinung habe ich immer sagen können! Ach ja – mein Auto geht ins 22. Jahr, ist werkstattgepflegt und verbraucht sein ganzes Leben lang schon weniger Sprit als solche Dickschiffe – und parken lässt es sich auch besser. Ich wünsche mir mehr solche Karikaturen!

Hannelore Gleim, Waldenau

Warum „tschändern"?

(E&W 10/2021, Seite 48: „Diesmal")

Ein guter Ulk zum Geschlechtsbetonen; mit Aufhalten vor dem „Bundeskanzlerinamt". Eine „Sprache", die aus einem weiblichen Kanzler eine „...innen"-Mehrzahl macht. Die das Amt Kanzler auf das einer Inhaberin verengt; als wenn diese Ersteres nicht könne. Die nicht mehr begreift, dass beim Bezeichnen geschlechtsloser Gattungen kein leibliches Geschlecht „bloß mitgemeint" sein kann, da gar keines benannt wird. Die Genus als Sexus missdeutet, wörtliches als leibliches Geschlecht; als würden Personen- wie Sachangaben nicht gleichlautend sowohl Gesamtheit als auch Teilmenge nennen können. Der eigene Endung fehlt; wie Erde als Planet oder auf dem Acker.
DER Säugling endet als DAS Kind oder erwachsen als DIE Leiche. DER Mensch kann als Gattung wie als Einzelner als DIE Person gelten. DIE angelernte Lehrkraft gehört wie DER voll ausgebildete Lehrer jedweden Geschlechts zum geschlechtslosen Lehrkörper.
Aus*checken ebenso wie Tschändern „funktioniert nicht!!!"

Ulrich J. Heinz, Marburg/Lahn

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

© Rene Fietzek

Schule machen!

Weltweit gehen mehr als 200 Millionen Kinder nicht zur Schule. terre des hommes fördert Schulprojekte und sorgt für die Ausbildung von Jungen und Mädchen.

Ihre Hilfe kann Schule machen. Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende.

www.tdh.de

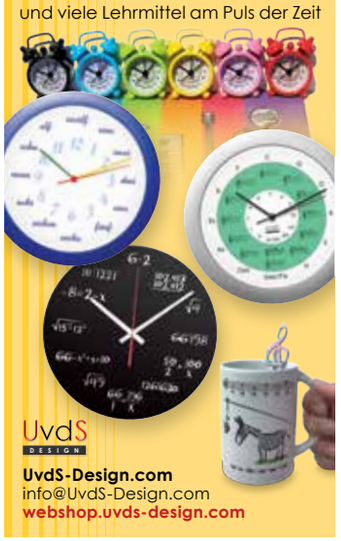
terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit
02521 29905-10

Hamburg
Schülertouren
St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891
www.kiezjungs.com

Insel Rügen: Ferienwohnungen direkt am Wasser mit traumhaftem Seeblick, ruhig, sonnig, komfortabel
Fam. Jens: **Tel. 038301 60289**
www.alte-bootswerft.de

Die Quintenzirkeluhr
und viele Lehrmittel am Puls der Zeit



UvdS-Design.com
info@UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

Ihre Anzeige in der E&W: **Tel. 0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de**

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
10% Rabatt
Code: EW2249
Gilt nur für Art. 80008 + Art. 81550
Gültig bis 31.12.2021
www.timetex.de/gutscheincode-ew2249

Rabatt nutzen | Projekt planen
zum Wunschtermin ab 02/2022 liefern lassen

nur **36,90 €**
Zuchtset „Schmetterlinge"
7-tlg., mit 5 Raupen
- Distelfalter beobachten – von der Raupe zum Schmetterling

Art. 80008-43

Absolut nachhaltig!
nur **159,– €**
Zuchtset „Wildbienen"
5-tlg., mit 50 Kokons
- nachhaltige Wildbienenzucht
- inkl. Unterrichtsmaterial

Art. 81550-43

Clausura-Koffer
gefüllt

nur **42,90 €**
- gefüllt mit 15 Mobil-Sichtschutz
- für objektive Leistungserhebung

Art. 70078-43

Zeitdauer-Uhr
„Automatik" mit Ampelscheibe
- Ziffernblatt entspricht dem einer Uhr
- mit Ablauf-Signal

ab **39,90 €**
Art. 61978-43

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

Diesmal

Cartoon: Christiane Pfohlmann